

# Eübester Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübester Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post bezuziehen. — Abonnementpreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 62a.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaßene Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 278.

Montag, den 27. November 1916.

23. Jahrg.

## Zur Kriegslage.

Von Richard Gähle.

In meiner letzten Betrachtung hatte ich geäußert, daß unsere Gegner auch weiterhin mit großer Anstrengung versuchen würden, unser Stellung an der Somme doch noch durchzubrechen. Einerseits schreit die fürchterliche Höhe der bereits gebrachten Blutopfer nach einem endgültigen Erfolge und andererseits schämen sie ihrerseits die in dem beinahe fünfmonatigen Ringen bereits erzielten Fortschritte offenbar höher ein als wir es tun. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß sie in der Tat noch hoffen, den schließlichen Sieg an sich reißen zu können, sofern sie nur immer noch größere Massen an Geschossen und immer wieder frisch aufgefüllten Divisionen gegen den zähen deutschen Gegner werfen können. Nach den Andeutungen ihrer Presse mögen wenigstens die Engländer meinen, daß sie den Rahmen ihres Festlandheeres noch zu erweitern imstande seien. Für uns gilt im Gegensatz dazu das Wort Hindenburgs als Gipfel aller kriegerischen Weisheit, daß man die Nerven nicht verlieren darf. Darum stellen wir mit überlegener Ruhe fest, daß der Raumgewinn, den der Gegner bisher gemacht hat, die Widerstandskraft unserer Sommerstellung und den Siegeswillen unserer Truppen nicht zu erschüttern vermochte. Wir sind gewöhnt, gegen eine Ueberlegenheit zu kämpfen und zu erkennen, daß unsere Lage im Westen ebenso durch die Vermehrung unseres Kriegsgeschützes wie durch die wachsende Hilfe der feindlichen Verluste eine gesicherte geworden ist.

Der Versuch, der vorauszu sehen war, ist nach mehrtägigem Trommelfeuer am 13. und 15. November begonnen und am 18. mit frischen Kräften fortgesetzt worden. Auf einer Front von 12 Kilometern beiderseits der Ancre waren sie drei neu aufgefüllte Armeekorps vor, hinter der noch zwei Divisionen als Rückhalt standen; und sie vereinigten das Feuer zu einer gewaltigen Geschützmasse auf einen verhältnismäßig schmalen Teil dieser Front, den sie — wie gesagt wird — noch durch ausgedehnte Sprengungen besonders zerstört hatten — das Ergebnis war die Fortnahme eines vorspringenden Teiles der deutschen Stellung in einer Breite von etwa 15 Kilometern, während sie rechts und links abgewiesen wurden. Aber auch an der Einbruchsstelle drangen sie nur in einer größeren Tiefe von 2 Kilometern vor und blieben von dem ersten Ziele ihres Angriffs, dem Gehöft Beauregard, um 4 Kilometer entfernt. An der deutschen Regelleitung scheiterten alle ihre Stürme. Die wieder einmal bereitgestellte Reiterei kam nicht zur Verwendung, ihre Panzerautomobile verlagten vollkommen.

Alle diese Massenstürme, mit deren Wiederholung wir auch weiterhin rechnen wollen, haben nicht einmal das Ergebnis gehabt, einen entscheidenden Einfluß auf die anderen Kriegsschauplätze auszuüben, insbesondere weder auf die rumänische noch auf die mazedonische Front. Wohl aber hat die große deutsche Offensive an den Grenzen Siebenbürgens und an der Dobrudscha einen bestimmenden Einfluß auf die Lage in Rußland ausgeübt. Die russische Heeresleitung sah sich gezwungen, auf die dringenden Hilferufe der schwer bedrohten Rumänen erhebliche Streitkräfte in die Moldau und in die Dobrudscha abzuweihen. — In Verbindung mit ihren schweren Verlusten, lähmte das ihre bereits geschwächte Angriffskraft in Wolhynien und Ostgalizien völlig. Nur noch vom 2. bis 4. Oktober wagten sie einen Massenangriff westlich von Luck, wobei ihre beiden Gardekorps bis zu 17mal gegen die unerschöpflichen deutschen Reihen anstürmten. Die Verluste waren wieder erschreckend hoch, das Ergebnis eine volle Niederlage. Ein Massenstoß von geringerer Frontbreite am 29. Oktober in der Gegend von Pusternik und Szelow scheiterte ebenso. Im übrigen sind nach dem Beginn des Oktober die Rollen vertauscht worden. In zwölf siegreichen Angriffskämpfen kleineren und größeren Umfangs haben die verbündeten Heere ihre Stellungen bis zur Mitte November erheblich verbessert, besonders am Stochob und an der Narajowka.

Nicht einmal ihre Absicht, dem rumänischen Feldzug eine günstige Wendung zu geben, haben die Russen erreicht. Die starken Kräfte, die unter Sacharows Führung nach Madensens großem Siege in der Gegend von Cernanoda — Konstanza (19. bis 24. Oktober) von Norden her in die Dobrudscha strömten, haben ihre Offensive bis zum heutigen Tage nicht in Fluß zu bringen vermocht. Ueber die Gründe läßt sich gegenwärtig noch kein Urteil abgeben. Etwas größere Wirkung vermochten die russischen Divisionen auszuüben, die sich durch die Moldau der siebenbürgischen Obergrenze zu wandten, im Anschluß an ihre in der Bukowina stehenden Truppen. Sie ermöglichten zunächst dem rumänischen Heere, die eigene Front nach Süden und Westen hin mehr zusammenzuschieben und seinen Widerstand gegen die hier vordringenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte zu verstärken. Sie gingen aber auch im Anfang des November zu einer entschlossenen Gegenoffensive vor und gewannen vom 4. November an ebenfalls Raum auf ungarischem Boden. Nicht lange, jedoch! Schon am 8. November griffen rasch herbeigezogene deutsche Truppen ein, warfen die Gegner

in heftigen Angriffen gegen die Grenzkämme zurück und gestatteten der Armee Uz, ihr allgemeines Vorgehen an der siebenbürgischen Ostfront wieder aufzunehmen. Gegenwärtig ist ein lebhafter Kampf um den hier befindlichen Tölgnespaß im Gange, der eine größere Ausdehnung zu gewinnen scheint.

Die Entscheidung suchte die deutsche Heeresleitung nicht hier, sondern an der Südfront. In schwierigen und wochenlang andauernden Kämpfen gegen die Berge, die Wege, die Jahreszeit und den sich verzweifelt wehrenden Feind gewann die Armee Falkenhayn Schritt für Schritt Boden an allen nach Süden führenden Paßstraßen. Die Latkraft der Führung und der herzhaften Angestimm der Truppen sorgte dafür, daß der Feldzug nicht wieder in einen Stellungskrieg übergehen konnte. Die Befestigungen und die Panzertürme, die der Gegner in den zwei Jahren hier errichtet hatte, während deren er einen Anfall vorbereitete, wurden allmählich von unseren schweren Mörsern zerstört und nacheinander erstickt. Schneller drang unser rechter Flügel vor als der linke, der aus guten Gründen einen besonders harten Widerstand fand. Jener Schlag endlich am 17. und 18. November in der Schlacht von Targu Jiu (südlich des Vulkan- und des Szurdul-Passes) den letzten Widerstand des Gegners nieder, gewann den Austritt aus dem hier etwas schmaleren Hochgebirge und betrat siegreich die weite Ebene der Walachei. Am 20. November stehen bereits unsere Vortruppen vor Craiova; der schwerste Teil dies von allem Anfang an erfolgreichen Feldzugs liegt hinter uns. Inzwischen hat nun allerdings die Salonikarmee unter der Führung Carrails in der vergangenen Woche an der mazedonischen Grenze Vortrupps errungen. Ihre Offensive, die mit dem 12. November begann, ging zunächst nur langsam und zögernd vor und konnte an der ganzen 240 Kilometer langen Front von der Struma über den Doiransee und die Moglinaberge bis zum Prespasee keine ins Gewicht fallenden Vorteile erringen.

Allmählich aber wagt sie den Hauptdruck auf den Westflügel; hier wollte sie die Verbindung mit Griechenland und den Mittelmächten unterbrechen, hier mit der Stadt Monastir ein Stück serbischen Neulandes erobern, um dort aufs neue eine serbische Regierung einsetzen zu können und hier fand sie in einem der Kriegsführung ungünstigen Lande die verhältnismäßig geringsten Schwierigkeiten. Unter schonungsloser Einwirkung der kümmerlichen Reste der serbischen Truppen kam sie langsam vorwärts, gewann allmählich den Eintritt in die Ebene von Monastir und erreichte am 8. Oktober zum ersten Male den Flußbogen der Cerna südlich der Stadt. Erst unter dem Einfluß Briands und des nach Saloniki geeilten Kriegsministers Roques sowie nach Eintreffen neuer Verstärkungen kam der Angriff in einen schnelleren Gang. Seit dem 14. November gewann Sarrail nördlich der Cerna Raum und eroberte nach wechselvollen Kämpfen am 18. November endgültig die Höhe 1212, nördlich des Dorfes Tschegel (22 Kilometer östlich von Monastir). Die deutsch-bulgarische Stellung wurde damit unhaltbar. Sie mußte in die Berge nördlich der Stadt zurückverlegt werden. Monastir hat für den Gegner einen Liebhaberwert, sein Fall also eine gewisse moralische Bedeutung. Aber man werfe einen Blick auf die Karte! Ueber Monastir führt nicht der gerade Weg nach Sofia. Von dem westlichen Ende der Donau ist es noch 250 Kilometer entfernt. Die Ereignisse dort können alle keine verzögernde Rückwirkung auf den Sieg der Deutschen in der Walachei ausüben. Zu allem Ueberflus aber sind am 19. November bereits neue deutsche Streitkräfte in der Kampfbahn angelangt. Auch hier gilt wieder das Zusätz, daß die Unternehmungen unserer Gegner schon des öfteren ihre Wirkungen herabsetzt hat.

Inzwischen wollen wir daran nicht vorübergehen, daß im französischen Heere die Fahnenflucht anscheinend größeren Umfang annimmt. Vielleicht bringt uns auch diese dem Frieden allmählich näher.

## Von den Kriegsschauplätzen.

Die Lage wird nach den jüngsten Ereignissen in Rumänien für dieses Land eine immer bedrohlichere. Der bei Svislow erfolgte Donauübergang Madensens, das im geistigen Heeresbericht erwähnte weitere Vordringen dieser Armee bis an die Tore von Alexandria — 40 Kilometer nördlich von Svislow und etwa 80 Kilometer von Bukarest — und das Zusammentreffen mit der östlich von Craiova operierenden Armee Falkenhayn besiegeln das Schicksal Rumäniens. Hinzu kommt noch, daß von Norden her ebenfalls die verbündeten Truppen starke Fortschritte machen und gewaltig auf die rumänische Armee drücken. Die Hoffnung der Alliierten, daß dieser Vormarsch aufgehalten werden könnte, scheint eine trügerische zu sein.

Zur Ueberführung der Donau durch Teile der Armee Madensens veröffentlicht die „N. A. Z.“ eine Betrachtung ihres militärischen Nw.-Mitarbeiters, aus der wir folgendes zitieren:

Kaleidoskopartig wechseln die Bilder auf dem rumänischen Kriegsschauplatz. Bald ist es die Dobrudscha, bald die Moldau, bald die Walachei, wo der konzentrische Druck der verbündeten Kriegsarmeen Kämpfe zeitigt, deren für die gesamte Kriegslage auf dem Balkan entscheidender Charakter immer auffälliger in die Erscheinung tritt. Der beständige Wechsel der Angriffsfrenten gibt der rumänischen Heeresleitung eine Unsicherheit, die durch die praktische Unmöglichkeit, die außerordentlich lange und vielgestaltige Landesgrenze mit entsprechenden Verteidigungskräften auszustatten, sich noch fühlbarer macht. So erklärt es sich, daß die Rumänen einen Donauübergang von seiten der verbündeten Heere wohl von Anfang an in Rechnung stellten, aber gerade in dem Augenblicke der unmittelbaren Gefahr starke Truppenverbände an die westlichen Frontstellen abgezogen hatten, an denen die Armee Falkenhayn ihren Druck auf die walachische Tiefebene verstärkte. Der geglättete Donauübergang beweist jetzt die Richtigkeit der Strategie der verbündeten Mächte, die den Rumänen und Russen den billigen Triumph der Zerstörung der Donaubrücke bei Cernanoda vergönnte, ohne auch nur durch eine einzige vorzeitige Regung die Absicht zu verraten, an ganz anderen Stellen über den Fluß zu gehen, als unsere Feinde vermuteten.

Als Uebergangsstellen kamen von vornherein verschiedene Punkte des Flusslaufes in Betracht. Mehrere von unserem Generalstab in der letzten Zeit gemeldete Operationen, insbesondere der Mitte Oktober von deutschen Truppen gegen die Donauinsel bei Svislow unternommene Handstreich, bei dem österreichisch-ungarische Monitore nach der Vernichtung der umänischen Pontonbrücke bei Rahova erfolgreich mitwirkten, ließen bereits darauf schließen, daß der Flußlauf in der Nähe der Dobrudschagrenze dem Truppenübergang dienen sollte.

Svislow liegt in südwestlicher Richtung von Bukarest, etwa 100 Kilometer von der rumänischen Hauptstadt in der Luftlinie entfernt. Svislow gegenüber auf rumänischer Seite liegt das Dorf

Zimnica, das im rumänischen Bericht mit den Worten erwähnt wird: „Der Feind ist bei Islar (hier landeten bulgarische Truppen. Reb.) und Zimnica gelandet.“

Die Lage in Griechenland wird von Tag zu Tag verzwickter. Jetzt hat Benizelos Deutschland und Bulgarien den Krieg erklärt. Wie der „Corriere della Sera“ meint, bezweckt Benizelos hiermit, daß seine Truppen bei einem eventuellen Zusammenstoß mit Deutschen und Bulgaren nicht als Freischärler angesehen werden können. Die Alliierten haben also einen Teil ihres Zweckes erreicht, denn wenn man schon mit der Möglichkeit eines Zusammenstoßes rechnet, dann dürfte diese Möglichkeit auch wohl bald zur Wirklichkeit werden. Doch die Hauptfrage ist, wie wird sich nur die Regierung in Athen hierzu stellen? Wird sie diesem und dem weiteren Druck, der auf sie ausgeübt wird, widerstehen können? Wir möchten das bezweifeln.

Der russische Großfürst Nikolaus, der bekanntlich nach dem Kaukasus strafversetzt wurde, soll jetzt wieder in Europa losgelassen werden; er soll hier ein wichtiges Kommando übernehmen.

Die italienische sozialistische Fraktion brachte einen Antrag ein: die Kammer solle die italienische Regierung auffordern, den verbündeten Regierungen dringend die Notwendigkeit vorzuschlagen, durch Vermittelung der Vereinigten Staaten und anderer Neutraler, die Einberufung eines Kongresses von Benoit, mächtigsten der Kriegsjahresenden zu veranlassen, welcher nach Entscheidung der Feindseligkeiten auf Grund der beiderseits übereinstimmend verkündigten Grundsätze die beiderseitigen konkreten Ziele und Forderungen zwecks einer baldigen Lösung des Konflikts zur Rettung Europas prüfen soll. Die italienische Fraktion hat den Antrag den sozialistischen Fraktionen der anderen Länder übermittelt und sie zu gleichem Vorgehen eingeladen. Der Antrag legt dar, daß die Erklärungen der Regierungen der beiderseitigen Hauptkriegsführenden, Englands und Deutschlands, eine sachliche Uebereinstimmung ihrer Grundsätze und Ziele ergibt: nämlich: erstens den ausdrücklichen Verzicht auf gewaltsame Angliederungen und völkerrechtswidrige Vorherrschaft; zweitens die gleichfalls von beiden Seiten verkündete Notwendigkeit eines ruhigen und freien Zusammenlebens aller kleinen und großen Staaten Europas auf der Grundlage der Achtung der Nationalitäten; drittens die gemeinsame Absicht, den zukünftigen Frieden durch einen Staatenbund mit einem internationalen Schiedsgericht zu sichern. Damit sei die Grundlage für offene Friedensverhandlungen gegeben.

Am vorigen Sonntag fand in London auf dem Trafalgar Square eine große Massenversammlung der Arbeiter als Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise statt. Es wurde eine Entschliekung angenommen, in der besonders die himmelschreiende Ungleichgültigkeit der Regierung gegenüber der Ausbeutung des Volkes durch die Schiffsgegnerei und ihre Unfähigkeit betont wird, gegen die Geizh



# Der Seekrieg.

Angriff eines französischen Postdampfers.

Der Hearfische internationale Nachrichtendienst berichtet aus Washington: Das Staatsdepartement erhielt keinen amtlichen Bericht über die Behauptung, daß der französische Postdampfer „Mississippi“ auf ein deutsches Unterseeboot im englischen Kanal gefeuert habe. Aber es erwartet Nachrichten von der amerikanischen Botschaft in Paris. In amtlichen Kreisen verlautet, daß, wenn es sich herausstellt, daß die „Mississippi“ ihre Geschütze zum Angriff benutzte, ihr die Einfahrt in amerikanischen Häfen unter der Maske eines friedlichen Kaufahrers verwehrt werden soll.

Die Versenkung des schwedischen Dampfers „Arthur“ durch ein deutsches U-Boot hat dazu geführt, daß die schwedische Regierung ihren Geschäftsträger in Berlin beauftragt hat, bei der deutschen Regierung eine Untersuchung zu verlangen unter Vorbehalt der Forderungen, zu denen der Vorfall Anlaß geben kann.

Zum Untergang der „Britannic“, des englischen Lazarettsschiffes, gibt der Neuter-Korrespondent der „Daily News“ zu, daß eine Reihe von Anzeichen dafür sprechen, daß das Lazarettsschiff „Britannic“ nicht durch einen Torpedo, sondern durch eine Mine zum Sinken gebracht worden ist.

Im übrigen wird in einem amtlichen Bericht der englischen Admiralität betont, daß sich auf dem Schiffe 1125 Personen — Besatzung 625, medizinisches Personal 500 Mann — befanden.

# Die Kämpfe im Orient.

Ueber Erfolge im Kaukasus

meldet der türkische Heeresbericht folgendes: Auf dem rechten Flügel wurde ein 40 Kilometer langer Teil unserer in Gegend Malach gelegenen Stellungen gleichfalls vorgehoben, sodas wir in den letzten Tagen auf diesem Flügel unsere Stellungen in einer Ausdehnung von 90 Kilometern und einer mittleren Tiefe von 10 Kilometern vorgehoben. Die Kämpfe, die unsere Verfolgungsabteilungen auf dieser ganzen Front, besonders nördlich Righi, gegen feindliche Nachhut leisteten, entwickelten sich zu unseren Gunsten. Wir machten Gefangen und erbeuteten Kriegsmaterial. Die Zahl der russischen Ueberläufer nimmt täglich zu. In den übrigen Fronten kein wichtiges Ereignis.

# Allerlei Kriegsnachrichten.

Botschafter Gerard kehrt nach Berlin zurück.

Die amerikanische Botschaft in Berlin teilt mit, daß die Gerüchte, wonach Botschafter Gerard nicht auf seinen Posten nach Berlin zurückkehren werde, jeglicher Grundlage entbehren und daß er sich tatsächlich binnen Kurzem nach Berlin begeben wird.

# Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht des „Lübecker Volksboten“.)

75. Sitzung. Sonnabend, den 25. November, nachmittags 3 Uhr. Am Bundesratsstisch: Dr. Helfferich.

Präsident Dr. Kämpf führt in einer längeren Ansprache das Andenken des verstorbenen Kaisers Franz Joseph. (Die Abgeordneten haben die Ansprache stehend angehört.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Die auf der Tagesordnung stehenden Petitionen werden sämtlich ohne Debatte erledigt.

Präsident Dr. Kämpf schlägt vor, die nächste Sitzung abzuhalten Mittwoch nachmittags 2 Uhr mit der Tagesordnung: Erste Beratung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Abg. Gröber (Zentr.) beantragt, auch die zweite Lesung dieses Gesetzes auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Ledebour (Soz. L.): Dagegen erhebe ich Einspruch. Es ist das nur zulässig mit Zustimmung des ganzen Hauses. Im Einvernehmen mit meinen Freunden erhebe ich deshalb Einspruch, weil wir in diesem ganzen Verfahren, das durch den jetzigen Antrag Gröber noch keine ausdrückliche Befristung erfährt, in diesem Verfahren den Reichstag nicht in erster Linie über die Prinzipien des Gesetzes im voraus sich aussprechen zu lassen, den Versuch erheben, zu verhindern, daß die Bevölkerung unseres Landes über den Gesetzesentwurf von ungeheurer Wichtigkeit so früh und so gründlich wie möglich aufgeklärt wird. Nach unserer Auffassung muß das Gesetz, wenn es Gesetzeskraft erlangen sollte, die Wirksamkeit haben, die Arbeiterschaft des Reiches und der Bevölkerung über ihre Arbeitskraft zu berauben, sie der vollkommenen Aneignung und Ausbeutung zu überliefern. (Große Unruhe rechts.)

Abg. Baffermann (Natl.): Ich erhebe gegen diese Ausführungen den entschiedensten Widerspruch. Die bisherigen Vorbesprechungen haben die ganze große Wichtigkeit dieser Vorlage bereits bewiesen. Es ist kein Zweifel, daß es vaterländische Pflicht ist, die tunlichst schnelle Verabschiedung dieser Vorlage zu fördern. Es empfiehlt sich nicht, die Vorberatungen in der Kommission jetzt zu unterbrechen, daher ist der Vorschlag des Herrn Präsidenten, der Kommission noch zwei Tage Spielraum freizulassen, durchaus gerechtfertigt. Im übrigen kann nach § 21 der Geschäftsordnung die erste und zweite Beratung in derselben Sitzung mit Stimmenmehrheit bei Feststellung der Tagesordnung beschlossen werden. Ich würde vorschlagen, angesichts der hohen Wichtigkeit der Vorlage und der Notwendigkeit, zu einer möglichst frühzeitigen Verabschiedung zu kommen, für die sich auch unsere Heeresleitung mit wünschenswerter Energie eingesetzt hat, dem Antrag zuzustimmen, die erste und zweite Lesung am nächsten Mittwoch zu verbinden.

Abg. Gröber (Zentr.): Es ist mir natürlich nicht in den Sinn gekommen, mit meinem Antrage die erste Lesung irgendwie beeinträchtigen zu wollen, wie Abg. Ledebour mit dies unterstellt hat.

Abg. v. Bayer (Natl.): Der Antrag verlangt ja nichts weiter als die Möglichkeit zu schaffen, am Mittwoch auch in die zweite Beratung einzutreten. Wenn die erste Lesung eröffnet ist — eine schöne Periode für dieselbe ist ja durch die Ausführungen des Abg. Ledebour uns bereits eröffnet worden (Heiterkeit) — so können wir uns dann immer noch schlüssig machen, ob wir in die zweite Lesung eintreten wollen.

Abg. Scheidemann (Soz.): Ich möchte vorschlagen, es bei dem Vorschlage des Herrn Präsidenten zu belassen, nur die erste Lesung auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben alle den dringenden Wunsch, ich glaube, alle Parteien, daß über dies Gesetz sehr ausführlich geredet wird. Ergibt sich die Möglichkeit, am Mittwoch bereits in die zweite Lesung einzutreten, so kann das, wenn kein Widerspruch erfolgen sollte, (Zuruf rechts) geschehen. Wenn Sie aber heute mit Mehrheit beschließen, daß wir beide Lesungen auf die Tagesordnung setzen, so macht das von vornherein einen Eindruck, von dem wir sicher nicht wünschen können, daß er irgendwie entsteht. Ergibt sich die Möglichkeit, besteht der Wunsch, wird kein Widerspruch erhoben (Ernste Zurufe rechts.) Wollen Sie denn in die Beratung eintreten, wenn der heftigste Widerspruch dagegen erhoben wird? (Zuruf rechts: Eine Person genügt!) Das ist ganz einerlei, ich möchte auch nicht, daß irgend jemand sagen kann, er sei hier im Hause vergewaltigt. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Deshalb bitte ich es dabei zu belassen, daß nur die erste Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Abg. Ledebour (Soz. L.): Die Ausführungen der Herren Gröber und Baffermann fallen keinen Zweifel darüber, wie es kommen würde, wenn ihr Antrag angenommen wird.

zung der Nahrungsmittelpreise anzukämpfen. Die Versammlung verlangte, daß die Regierung sofort die Kontrolle über die Schifffahrt und die Lebensmittelversorgung übernehme und die Verteilung der Lebensmittel durch die Stadtverwaltungen und durch die gemeinnützigen Gesellschaften vornehmen lasse.

Die in Kopenhagen gegründete „Gesellschaft für Studien der sozialen Folgen des Krieges“ hat in ihrem Berichte vom 1. August auch Zahlen über die Verluste im Weltkrieg veröffentlicht, die für England und Rußland auf reichlichem Quellenmaterial, für die übrigen Staaten mehr auf Schätzungen und Vergleichen beruhen, wobei aber stets die Mindestschätzungen zugrunde gelegt worden sind. Nach dieser Zusammenstellung betragen die Gesamtverluste der Entente bis 1. November 1916: England 1,2 Millionen, Rußland 5,5, Frankreich 3,7, Italien 0,8, Serben 0,48, Belgien 0,22, Rumänien 0,2 Millionen; insgesamt 15,1 Millionen.

## Die Kriegslage.

W.B. Berlin, 25. November, abends. (Amtlich.) In der Somme nur geringes, östlich von St. Mihiel nachmittags lebhafteres Artilleriefeuer.

Am mittleren und am unteren Alt Fortschritt. Die bei Suifon übergegangenem Teile der Heeresgruppe Madenjen gewonnen Boden.

In mazedonischer Front Ruhe.

Wi., 25. November. (Amtlich.)

## Östlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef. Nordöstlich von Turin Severin leisten die dort abgeschlagenen rumänischen Truppen noch jähren Widerstand. An unteren Alt erreichen deutsche Truppen das Dnister. Nördlich von Rimi Balcea machte der Angriff österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen neue Fortschritte. 3 Offiziere und 800 Mann wurden gefangen. Ein feindlicher Angriff in der Gegend von Becas blieb erfolglos.

Keine besonderen Ereignisse.

## Italienischer Kriegsschauplatz.

Ein starkes Fliegergeschwader warf auf den Bahnhof und die feindlichen Lager von Primolano zahlreiche Bomben mit guter Wirkung ab. Alle Flugzeuge kehrten trotz heftigen Abwehrfeuers und schwerer Wunden unverletzt zurück.

## Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

W.B. Großes Hauptquartier, 26. Novbr. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Bei Nebel und Regen keine größeren Kampfhandlungen. Fortsch durchgeführte Patrouillenunternehmungen mecklenburgischer Grenadiere und Jäger und des Infanterie-Regiments Bremen nordöstlich von Arras brachten aus dem englischen Graben 26 Gefangene ein.

Nordöstlich von Beaumont holten Abteilungen des Badischen Infanterie-Regiments Nr. 185 4 Offiziere und 157 Engländer sowie ein Maschinengewehr aus der feindlichen Stellung.

## Heeresgruppe Kronprinz.

Im Arcromont-Walde, östlich von St. Mihiel, griff nach starker Feuerberechtigung französische Infanterie an; sie wurde abgewiesen.

## Östlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern. Nahe der Dniester, nördlich Smorgon, sowie an der Serwetisch- und Sakhara-Front nahm das feindliche Artilleriefeuer zu. Russische Abteilungen, die dicht am Dniester in Gegend von Krashin und bei Dzierki im Gebiet des Oberen Styr vorgingen, wurden vertrieben.

## Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Wieder griffen bei Bafia Menge im Gsergo-Gebirge russische Kompanien ohne jeden Erfolg unsere Stellungen an.

In Alt-Zala wurde Kameric Balcea genommen. Auf den Höhen nördlich von Curia de Argas leistet der Rumäne noch hartnäckigen Widerstand. Im Gelände östlich des unteren Alt hat unter Führung des Generalleutnants Graf von Schmettow deutsche Kavallerie eine sich zum Kampf stellende rumänische Kavallerie-Division geworfen und ist im heftigen Vorwärtsschreiten.

Die vom Alt ostwärts führenden Straßen sind mit fliehenden Fahrzeugkolonnen belegt, deren Weg sich durch in Brand gesetzte Dorfhäuser kennzeichnet.

Mit den über die Donau gegangenen Kräften ist Föhling aufgenommen.

## Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madenjen.

Ein durch Feuer von See her unterstützter Vorstoß feindlicher Schiffe längs der Küste gegen den rechten Flügel der Dobradzha-Armee scheiterte.

Unter den Augen des Generalfeldmarschalls von Madenjen ist der Meer-Beschel der für die weiteren Operationen in West-Rumänien bestimmten Donau-Armee planmäßig durchgeführt. Wir setzen vor Alexandria.

Bei Ueberwindung des in Folge Lawenters hoch angeschwollenen Stromes durch die Kampftruppen wurden in hervorragender Weise neben anderen braven Pionieren auch Teile des kaiserlichen Notboot-Korps, der 1. u. 2. Donau-Flotille unter dem Kommando des Vizeadmirals Prucic und der österreichisch-ungarischen Pionier-Abteilungen des Generalmajors Gabel mit.

## Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

W.B. Berlin, 26. November, abends. (Amtlich.)

Ueber jüdischen Bombenbesuch vormittags geheimerem französischen Botschafter in Somme Gebiet nichts Bekanntes.

In der Balkan-Planung keine Fortschritte. In der Dobradzha und an der Mazedonischen Front für uns günstig verlaufene Kämpfe.

Wien, 26. November. (Amtlich.)

## Östlicher Kriegsschauplatz.

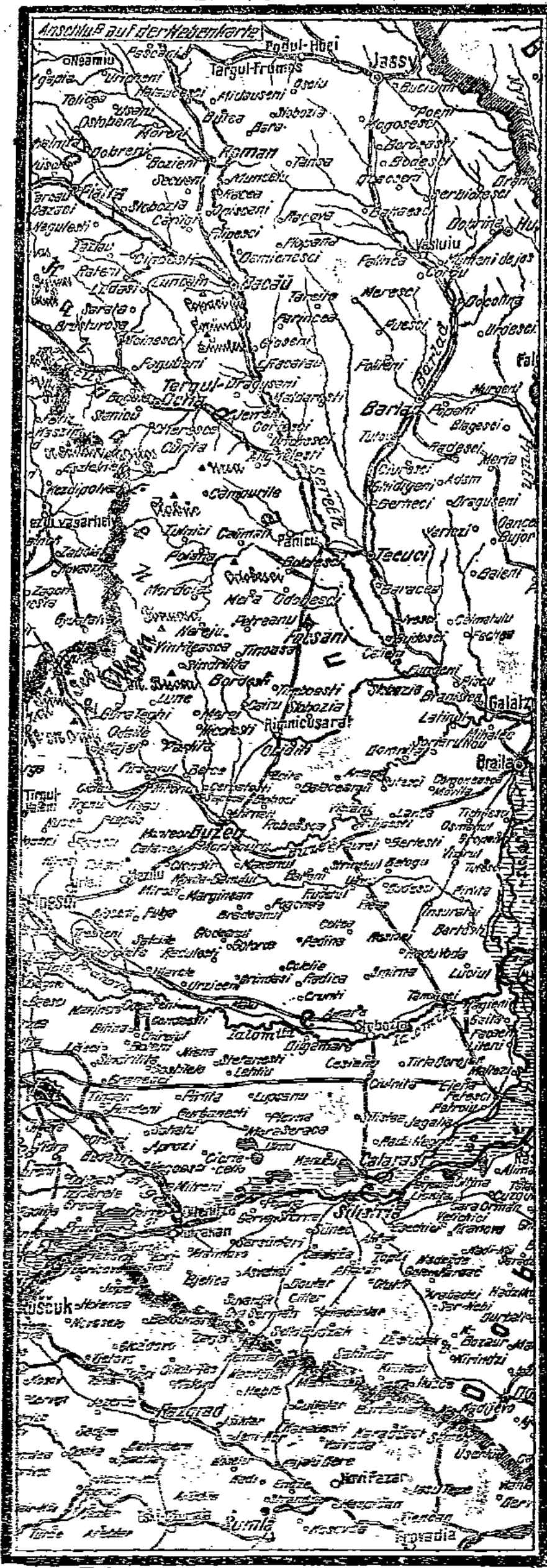
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madenjen.

Die Donau-Armee hat die Gegend bei Alexandria erreicht. Bei Durchsicherung des Meer-Beschels, der durch eingetretenes Hochwasser besonders erschwert war, teilte die 1. u. 2. Donau-Flotille unter Kommando des Vizeadmirals Prucic und der österreichisch-ungarischen Pionier-Abteilungen des Generalmajors Gabel hervorragenden Anteil. Bei Umlauf, südlich von Curia, wurde durch unsere Flieger ein feindlicher Jarana abgeschossen.

## Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Deutsche Kavallerie unter Führung des Generalleutnants Graf von Schmettow warf östlich des unteren Alt eine feindliche Kavallerie-Division zurück. Rimi Balcea am Alt wurde genommen, wobei östlich, wo der Feind noch heftigen Widerstand leistet, unsere Truppen Curia de Argas. Ein neuer Angriff russischer Kompanien in der Gegend südöstlich von Becas blieb ebenfalls erfolglos.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Russische Abteilungen, die bei Dzierki an Oberen Styr vorgingen, wurden durch unsere Truppen vertrieben.



Rumänien Sonderkarte Blatt III

## Italienischer Kriegsschauplatz.

Auf der Karst-Hochfläche war der Geschützkampf zeitweise etwas lebhafter. Im Karnischer Grenzgebiete behauptet die feindliche Artillerie einzelne Dörfer. Einem unserer Flugzeuggeschwader warf auf die Bahnanlagen und Baracken von Tolmezzo Bomben ab.

## Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

# Der Balkanrieg.

Denizelos erklärt Deutschland und Bulgarien den Krieg.

Die Erbhänge Telegramm-Company in London meldet, daß die Regierung Denizelos Bulgarien den Krieg erklärte.

Infolge der Kriegserklärung der provisorischen Regierung an Bulgarien ist Griechenland tatsächlich im Kriege mit Bulgarien, weil die Minister des Triumvirat in Saloniki als tatsächliche griechische Regierung betrachtet. Die provisorische Regierung erklärt auch Deutschland den Krieg, weil es Schiffe torpediert habe, die nationalisierte Streitkräfte führten.

## Der Höhepunkt der Krise.

„Secolo“ meldet aus Athen: Admiral Journet verlangt in einem neuen Ultimatum die Auslieferung des Artillerieparkes bis zum 1. Dezember und die des übrigen Kriegsmaterials bis zum 15. Dezember. In militärischen Kreisen herrscht große Unruhe.

Wie der „Corriere della Sera“ aus Athen, 25. November, meldet, wird in künftigen Kreisen die Note Journets als Zeichen der Schwäche gedeutet. Wie verlautet, sind die griechischen Offiziere zum Widerstand entschlossen. In der Bevölkerung beginnt sich eine gewisse Beunruhigung geltend zu machen. Die Truppen sind weiter in den Kasernen konzentriert. Zahlreiche Patrouillen griechischer Soldaten durchstreifen mit aufgepflanztem Rejonek die Stadt. Die künftigen Blätter erwarten die Regierung und die Bevölkerung zum Widerstand, die den griechischen Soldaten den Handel ohne weitere Rücksicht an.

Nach einer Athener Privatdepesche stimmte der griechische Kriegsminister eine Kränze Haltung der Reformen-Dignität an zur Vermeidung eigenmächtiger Verfügungen oder Entfernungen der von der Entente geforderten Kriegsgeschäfte. Das Kabinett Lambrinos beriet mit den Parteinachbarn.

Alle Redaktionen aus Athen belegen übereinstimmend, daß die Krise zwischen der Regierung und der Entente ihren Höhepunkt erreicht habe. Die ganze Militärpartei werde sich gegenwärtig der Auslieferung der Artillerie mit Gewalt widersetzen.



Der amtliche Kriegsbericht.

Weitere Niederlagen der Rumänen.

Keine Beute der Verbündeten.

W.B. Großes Hauptquartier, 27. Novbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Sommegebiet nur geringes Feuer.

Ohne Artillerievorbereitung versuchten abends die Franzosen in den Südtail des St. Pierre-Waldes einzudringen.

Seeresgruppe Kronprinz.

Deftlich von St. Mihiel mißglückte ein französischer Handitreich gegen einen unjer Posten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Wesentliches.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

In den Karpathen wurden russische Erkundungsabteilungen, im Ludowa-Gebiet mehrere Bataillone nördlich des Negri-Cora-Tales abgewiesen.

Die beiderseits des Alt von Norden vordringenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen des Generalleutnants von Delmenningen haben den Feind hinter den Topologu-Abchnitt geworfen.

Der Bedea-Abchnitt ist oberhalb und unterhalb Alzeandria erreicht. Die Stadt selbst ist genommen.

Von Turnu-Severin her drängten unsere Truppen den Rest der rumänischen Drjova-Truppen nach Osten ab. Dort verlegten ihnen andere Kräfte den Weg.

Aus den Donauhäfen zwischen Drojova und Kustschu sind unserer Besatzung bisher 6 Dampfer, 80 Schlepptähne, meist mit wertvoller Ladung, gesichert worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Madensen.

In der Dobrudscha scheiterten mehrere von russischer Kavallerie und Infanterie geführte Angriffe.

Ein Vorstoß bulgarischer Patrouillen war den Feind aus dem Vorfeld unserer Stellungen östlich von Ersejec zurück.

Die Donau-Armee ist den Widerstand der Rumänen brechend im Vordringen.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Cerna heftiger Artilleriekampf. Starke Angriffe auf die Höhen östlich von Baralowo brachen am frühen Aufhaken deutscher Jägerbataillone.

Deftlich des Wardar besetzten die Engländer die deutschen Stellungen mit starkem Feuer. Ein dann erfolgloser Vorstoß ist abgewiesen worden.

In der Struma Gefechte durch Aufklärungsabteilungen. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

liche Bevölkerung hineinbeziehen. Zum mindesten solle man in dem zu erwartenden Geleze eine Ermächtigung des Bundesrats zur Ausdehnung der Zivildienstpflicht auf die Frauen vorsehen."

Die Regierung teilt diese Auffassung erfreulicherweise nicht; sie würde im Reichstage mit dem Verlangen der Ausdehnung der Arbeitspflicht auf Frauen vermutlich auch kein Glück haben.

Unangebrachte Entrüstung.

Die dem Reichshagenamt nahe stehenden „Berliner Politischen Nachrichten" verbreiten folgenden Erguß:

"In einer sozialdemokratischen Korrespondenz, wie dem „Vorwärts" vom 23. d. M. zu entnehmen ist, hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Keil das Reichshagenamt mit dem Geleze über den Vaterländischen Hilfsdienst in Verbindung gebracht und dieses Amt als die treibende Kraft bezeichnet, die den Plan des gesetzlichen Arbeitszwanges angeregt und am stärksten gefördert habe."

Diese Entrüstung ist wirklich recht unangebracht. Daß das neue Geleze nicht den hauptsächlichsten Zweck hat, die Unterstützung zu eripieren, ist gewiß richtig. Daß diese Wirkung mit dem Gelezentwurf erreicht wird, kann schließlich nicht bestritten werden.

Amerika.

Amerikas Rückzug aus Mexiko. Die merikanisch-amerikanische Kommission vertagte sich, nachdem sie das Protokoll unterzeichnet hatte, in dem sie die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Mexiko und die Bildung von Grenzpatrouillen aus den beiderseitigen Armeen auf jeder Seite der Grenze vorgesehen hatte.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 4. Dezember, abends 8 Uhr statt. In derselben werden auch die Ergänzungswahlen zum Bürgerausschuß vorgenommen.

Das Gewicht der Feldpostbriefe. Von den Postanstalten müssen häufig Feldpostbriefe wegen Ueberschreitung der Gewichtsgrenze den Absendern zurückgegeben werden. Bei den Erörterungen hierüber geben die Absender vielfach der Auffassung Ausdruck, daß die Zurückweisung der Sendungen mit Uebergewicht auf eine entgegenzige Auslegung der Bestimmungen und auf mangelndes Entgegenkommen der Beamten zurückzuführen sei, oder sie bemängeln die Festsetzung der Gewichtsgrenze auf 550 Gramm.

Bolkszählung am 1. Dezember. Das Statistische Amt hat die Zustellung der Zählpapiere an die Damen und Herren, die sich für die Zählung als freiwillige Zähler zur Verfügung gestellt haben, beendigt. Zur weiteren Vorbereitung der Zählung findet am Mittwoch, dem 29. November, abends 8 Uhr im großen Saale der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit eine Zähler-Versammlung statt.

Kinobesuch Jugendlicher. Am 1. Dezember tritt folgende Verordnung des Polizeiamtes in Kraft: Personen unter 18 Jahren dürfen, auch wenn sie in Begleitung Erwachsener sind, nur solche Vorstellungen besuchen, die ausdrücklich als Jugendvorstellungen genehmigt und als solche angekündigt sind.

Kriegseckergeld. Aus zahlreichen Anfragen bei von zuständigen amtlichen Stellen geht hervor, daß vielfach noch Unklarheit über die Bestimmungen für die Gewährung von Kriegseckergeldhilfen, jetzt „Kriegseckergeld" genannt, herrscht.

Die Verwandten der aufsteigenden Linie der Offiziere, im Offiziersrang stehenden Personen und Militärpersonen der Unterklasse, sowie der ihnen Gleichgestellten kann unter bestimmten Voraussetzungen (wenn diese Personen nämlich im Kriege geblichen oder infolge einer Kriegsverwundung oder sonstigen Kriegsdienstbeschädigungen gestorben sind) für die Dauer der Bedürftigkeit ein Kriegseckergeld gewährt werden, wenn der verstorbene Kriegsteilnehmer a) vor Eintritt in das Feldheer oder b) nach seiner Entlassung aus diesem zur Zeit seines Todes oder bis zu seiner letzten Krankheit ihren Lebensunterhalt ganz oder überwiegend bestritten hat.

Die Ausführungsbestimmungen des Kriegsministeriums vom 1. Juni 1907 legen den Wortlaut des Gelezes wie folgt aus: Der Unterhalt muß tatsächlich gewährt worden sein. Ob andere unterhaltspflichtige Personen noch vorhanden waren, ist gleichgültig. Dagegen soll den offensichtlich bemittelten Eltern oder Großeltern einer Militärperson das Kriegseckergeld nicht zugewendet werden.

Neue Höchstpreise für Brot und Mehl.

Das Polizeiamt erläßt folgende Bekanntmachung: Vom 27. November ab gelten für Brot und Mehl im Kleinhandel folgende Höchstpreise:

Table with 2 columns: Bread/Flour type and Price per unit. Includes items like Weizenbrot, Roggenbrot, etc.

Tamit ist eine Herabsetzung des Grobrotpreises um 5 Pfg. und des Feinrotpreises um 3 Pfg. angeordnet, eine Maßnahme, die zwar recht spät kommt, aber doch zu begrüßen ist in einer Zeit, wo man nur von Preiserhöhungen hört.

Von den Goldankaufstellen. Wir werden um Abdruck dieser Zeilen erucht: Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gehört es zu den unerlässlichen Bedingungen des Sieges über unsere Feinde, daß der Goldschatz der Reichsbank für alle Anforderungen ausreicht.

Wir werden um Abdruck dieser Zeilen erucht: Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gehört es zu den unerlässlichen Bedingungen des Sieges über unsere Feinde, daß der Goldschatz der Reichsbank für alle Anforderungen ausreicht.

Schon diese sogenannten Vorbesprechungen in der Budgetkommission haben gezeigt, welche ungeheure Wichtigkeit auch den einzelnen Paragraphen der Vorlage innewohnen, und daß ohne gründliche Einzelberatung über die Wirkung und die Tragweite dieses Gelezes gar keine Klarheit geschaffen werden kann.

Graf Westarp (Konf.): Trotz dem Abg. Ledebour werden wir die Verantwortung für das Verfahren, in dem wir glauben, das Geleze zustande bringen zu müssen, zu tragen wissen. Denjenigen, die wie der Abg. Ledebour in dieser Weise glauben, schon jetzt gegen das Zustandekommen des Gelezes Einspruch erheben zu können, müssen wir die Verantwortung dafür überlassen, daß sie ein Geleze zu verhindern suchen, daß als entschlossene mutige Tat zur Stärkung unseres Heeres und zur Herbeiführung des Sieges und des Friedens dienen soll.

Abg. Frhr. v. Camp (Dsch. Frakt.): Herr Scheidemann meint, wir sollten die erste Lesung abwarten und eventuell nach Schluß der ersten Lesung den Antrag auf zweite Lesung stellen; wenn dann der ganz Reichstag zustimmt, könnte die zweite Lesung sofort erfolgen.

Abg. Ledebour (Soz. V.): Graf Westarp glaubt uns die Verantwortung zuweisen zu müssen, daß das Geleze eventuell nicht zustande kommt. Diese Verantwortung tragen wir mit gutem Gewissen.

Der Antrag auf die Tagesordnung am Mittwoch außer der ersten, auch die eventuelle zweite Beratung des Gelezes zu stellen, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. Schluß ¼ 4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Reichstagsitzung am Sonnabend

bauerte nicht viel länger als eine halbe Stunde. Der Präsident hielt dem Kaiser Franz Josef einen Nachruf, einige Ausschußberichte wurden im Handumdrehen erledigt und dann kam es zu einer Geschäftsordnungsdebatte. Ledebour erhob heftigen Widerspruch dagegen, daß auf die Tagesordnung der nächsten, am Mittwoch stattfindenden Sitzung nach der ersten auch gleich die zweite Lesung des Hilfsdienstgesetzes gesetzt wurde.

Hiernach scheint in der Tat die Absicht zu bestehen, das Geleze am Mittwoch in 1. und 2. Lesung erledigen zu wollen. Es wird von den Ergebnissen der jetzigen „unverbindlichen" Ausschußberatungen abhängen, wie sich die Sozialdemokratie hierzu stellen wird.

Erhöhung der Familienunterstützung!

Der Bundesrat wird sich, wie der „Vorwärts" meldet, in den nächsten Tagen mit der einstimmig gefaßten Resolution des Reichstags beschäftigen, die, im Sinne eines zuvor gestellten sozialdemokratischen Antrages, die Erhöhung der Familienunterstützung auf 20 und 10 Mk. fordert. Es ist zu erwarten, daß die Erledigung im Sinne des Reichstagsbeschlusses ausfällt. Die erste Auszahlung der erhöhten Unterstützung dürfte am 15. Dezember, also noch vor Weihnachten, erfolgen.

Arbeitszwang für Frauen.

Die Konservativen treten mit großem Eifer dafür ein, daß das neue Zivildienstgesetz auch auf Frauen ausgedehnt wird; sie wollen auf diese Weise der Landwirtschaft möglichst viele Arbeitskräfte sichern. Zu dem gleichen Ziel würde natürlich eine gute Bezahlung der ländlichen Arbeitskräfte führen; diese glauben aber die Grundbesitzer nicht leisten zu können, weil sie sich trotz ihrer hohen Einnahmen angeblich immer noch in einer Notlage befinden.

Es ist richtig, daß zurzeit noch genügend Angebot von weiblichen Arbeitskräften vorhanden ist, es ist aber nicht sicher, ob dieses Angebot in wenigen Monaten, wenn der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften ein wesentlich stärkerer sein wird, noch vorhanden sein wird. Auch kommen gerade für den Ertrag in Bureaubetrieben gebildete Frauen sehr in Betracht. Des weiteren möge man an die Landwirtschaft denken und an den großen Bedarf von weiblichen Arbeitskräften bei Bestellung des Landes und zur Zeit der Ernte. Nicht, daß man zu planen brauchte, eine junge Dame aus dem Tiergartenviertel als Ruhmagd auf ein pommerisches Landgut zu verpflanzen, aber es sind selbst in der Großstadt Berlin eine große Anzahl kräftiger Frauen und Mädchen vorhanden, die vom Lande stammen, zum Lande Beziehungen haben und für Landarbeit sehr gut zu verwerthen wären.



Keine weiteren Anmeldungen auf Gasanschluß. Das Betriebsamt teilt mit: Anmeldungen auf Gasanschluß können Personalangelegenheiten wegen bis auf weiteres nicht mehr entgegengenommen werden.

Befreiung bei dem Bezug von Lebensmitteln aus dem neutralen Ausland. Die Firma Klages u. Co. in Kopenhagen, Holsteinsgade 43, genoss schon im Frieden keinen günstigen Ruf. Sie befaßte sich mit dem Vertrieb von Serientosen und suchte ihre Opfer vornehmlich in Deutschland. Bald nach Kriegsausbruch erließ sie in der deutschen Presse eine auffällige Anzeige, worin sie sich als „deutsche Firma“ bezeichnete und zur Vermittlung von Briefen und Telegrammen nach allen Staaten erbot. Man wandte sich in einem bekannt gewordenen Fall an sie und erhielt eine bedruckte Postkarte, worauf zur Beteiligung an einem „Staatlich garantierten und kontrollierten Unternehmen, dessen höchster Nutzen im Laufe weniger Monate eventuell 800 000 Mk. beträgt“, aufgefordert wurde. Die Beteiligung sollte von 5 Kronen an gekostet sein. Welche Ziele die Firma mit diesem Angebote verfolgte, konnte seinerzeit infolge der ungünstigen Verbindungen mit dem Ausland nicht genügend aufgeklärt werden. Es besteht aber der dringende Verdacht, daß die „deutsche Firma“ es mit diesem verlockenden Angebot auf Schwindel abgesehen hatte. Nunmehr laßt die Firma wiederum in der deutschen Presse auf. Sie erhebt sich zur Lieferung von Schinken, Speck, Schmalz und Wurst, alles la Qualität“ zu verhältnismäßig billigen Preisen. Die Ware will sie in Postpaketen unter staatlicher Kontrolle postfrei gegen Voreinzahlung des Betrages liefern. Es besteht auch bei diesem Angebot wieder der dringende Verdacht, daß die Firma unlautere Zwecke verfolgt, daß sie, wenn sie erst im Besitze des Geldes ist, die bestellten Waren nicht liefert. Immer wieder muß von der Voreinzahlung von Geld an unbekannte Firmen abgeraten werden, zumal, wenn diese Firmen ihren Sitz im Ausland haben. Erst erkundige man sich und, erst wenn die Auskünfte durchaus günstig lauten, trete man in weitere Unterhandlungen mit den Firmen ein. Man mache es sich überhaupt möglichst zum Grundgesetz, in dieser Zeit keine Vorauszahlungen zu leisten. Außerdem lasse man die Ware unter Nachnahme kommen. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindel-Firmen in Lübeck erteilt jeberzeit gern, soweit es ihr großes Archiv und ihre guten Beziehungen nach allen Teilen des In- und Auslandes gestatten, kostenfreie Auskünfte. Ihr wolle man auch solche Firmen und Personen, die besonders die Kriegslage in unlauterer Weise auszunutzen scheinen, möglichst unter Beifügung von Beweismitteln, nachhaft machen, damit sie schleunigst zum Allgemeinwohl die erforderlichen Gegenmaßnahmen ergreifen kann. Insbesondere wolle man ihr Wahrnehmungen über die genannte Firma „Klages u. Co.“ mitteilen.

Warum keine Dorche an den hiesigen Markt gelangen. In einer Antwort, die der Verein Nordersee Fischer, gez. Heinz Mühl, auf einen Sprechartikel in der hiesigen „G.-M.“ veröffentlicht, heißt es, „daß zwar in den letzten Wochen große Mengen Dorche in der Höhe des gewöhnlichen Lübecker Staates von den Vereinsmitgliedern hätten gefangen werden können, da die Travemünder Fischer nur nach Buttjeßen und die Dorche laufen lassen, die in großer Menge dort vorhanden waren, die Vereinsmitglieder aber nach mehreren verlorenen Prozessen kein Recht haben, in der Travemünder Bucht zu fischen.“ — Wäre hier keine Verständigung wenigstens in der Kriegszeit möglich gewesen? So erscheint das Ganze als ein Schicksalsstreich, unter dem bedauerlicherweise die unter den schlechtesten Ernährungszuständen leidenden Volksschichten leiden müßten.

wh. Varietheater. „Die Verlorenen“, ein Schauspiel in 4 Akten von Steinmann, das gleichzeitig als Beitrag zur Bekämpfung des Mädchenhandels dienen soll, wurde gestern abend zum ersten Male gegeben. Der Inhalt ist kurz folgender: Man hat von Zeiten und Satonin Langwood haben sich auf das einträgliche Gewerbe des Mädchenhandels geworfen. Aus einer

holländischen Badearzte entführen sie die junge Deutsche Senta Griften und eine Unbekannte nach Brasilien. Das laubere Paar scheint auch kein Freund vom Zwischenhandel in ihrer „Ware“ zu sein, denn das Freudenhaus, in dem ihre unglücklichen Opfer untergebracht sind, wird von ihnen selbst bewirtschaftet. Zu den Stammgästen des Bordells gehört der Polizeichef des Ortes in höchst eigener Person, der außerdem auch Cognac und Zigaretten annimmt. Senta bleibt trotz aller Verlockungen und gemeinsamer Mißhandlungen standhaft. Den Polizeichef fleht sie vergebens um Befreiung an. Erst Lord Claireux, der durch Freunde mit in das berüchtigte Haus verschleppt wird und von Efel erfaßt, wird ihrem Begehren, nachdem er aus ihrem Munde die Geschichte der unglücklichen Verschleppung vernommen. Dem schmuckigen Treiben des Polizeichefs kommt der Präsident selbst auf die Spur. Die Ehre Brasiliens ist gerettet. Und Senta — die Verlorene — hat sogar das Glück als „Seiner Lordschafft Ehegemahl“ nach Europa zurückzuführen. Die Darstellung des heiligen Stoffes geschieht in ziemlich dezenter Form. Das gutbesetzte Haus kargte nicht mit Peisfall.

Vollständiges Konzert. Das nächste Konzert bringt in seiner ersten Abteilung Beethovens Trauermarsch aus der Eroica, Mozarts Maurerische Trauermusik, Bruchners herrliches Andante aus der Romantischen Sinfonie und Brahms Andante aus der C-moll-Sinfonie. Da an diesem Abend ausschließlich österreichische Meister zu Worte kommen oder solche, die in Wien lebten, enthält die Vortragsfolge in ihren weiteren Teilen Smetanas Sinfonie: Ovation „Aus Böhmens Flur und Hain“, Sandys Andante und Variationen aus dem Kaiserquartett, Strauß' Walzer „Geschichten aus dem Wiener Wald“ und zwei Märche, darunter Dostojewskis populärsten, den Radechky-Marsch.

pb. Herrenlofer Handwagen. Vor mehreren Tagen wurde in der Jadenburger Allee ein blauesricher zweirädriger Handwagen (holländische Karre) herrenlos aufgefunden. Der Eigentümer des Handwagens kann diesen an der St.-Lorenz-Wache in Empfang nehmen.

Uptade. Die Kunde von einem schrecklichen Raubmord versetzte die Umgegend von Rothentrug in Aufregung. Der in der Nähe der Gastwirtschaft Schafhaus wohnende alleinstehende Tagelöhner Peter Kannien aus Lunderupfeld wurde mit zertrümmerter Schädeldecke in seinem Bett aufgefunden. Als der Tat verdächtig sollen einige Militärfangene in Betracht kommen, die zeitweise in der Gegend arbeiteten. — Eine spätere Meldung besagt: Es soll mit Bestimmtheit festgestellt sein, daß ein Raubmord vorliegt. Sämtliche in dem Hause befindlichen Sachen waren durchwühlt und Schubladen und Türen standen offen, zum Teil mit Gewalt geöffnet. Man nimmt an, daß zwei Festungsfangene, die vor einigen Tagen von ihrer Arbeitsstelle entwichen und in der Gegend gebettelt haben, als Täter in Frage kommen. Der Mörder oder die Mörder sind durch ein Fenster in das Haus gelangt. Jedenfalls ist der Mord schon am frühen Abend begangen worden, da der Ermordete vollständig angekleidet ausgefunden wurde. Wie nachträglich bekannt wird, sollen die Täter bereits festgenommen sein. Der Ermordete, der 71 Jahre alt war, war früher Maurer und Zimmerer. Er war Vater von 15 Kindern, 6 Söhne stehen im Felde.

antete zwar ganz anders, aber seine Gedanken und Dichtungen erschienen unter diesem Pseudonym. Es waren meistens Fischerei- und Seemannsgeschichten, die er, der Hinfenwäber, schrieb und die ihm die Aufmerksamkeit und Beachtung weiterer Kreise in unserer großen Schwesterstadt an der Eibe erworben haben. Frische, grüne, herbe Seelust entströmte ihnen und der unwägliche Schifferhumor kommt darin zu seinem Recht. Wie so manche Talent erst nach seinem Tode voll gewürdigt wird, so auch Gorch-Kock. Sein tragisches Ende trug seinen Namen in alle Gauen Deutschlands und nun begann man auch dort die Kinder seine Muse mit Interesse und Wohlgefallen zu betrachten. Und das Bedauern um den Verlust eines Aufstrebenden ist allgemein geworden. Am Sonnabend veranstaltete die Hamburger Gesellschaft für dramatische Kunst in hiesigen Stadttheater eine Gorch-Kock-Feyer. Eine stattliche Teilnehmerzahl hatte sich dazu eingefunden. Nach einem von Fritz Lau verfaßten, von Herrn Bangmann a d Wirkungsvoll vorgetragenen Vorprogramm, der den Tod Gorch-Kocks zum Gegenstand hatte, gelangten zwei Stücke des Verstorbenen zur Aufführung. Zunächst das niederdeutsche Schauspiel „Cilli Kocks“, gewiß noch kein Meisterwerk, aber ein Drama, das für die starke Begabung seines Verfassers auch auf dem Gebiete der Bühnendichtung spricht. Noch sind nicht alle Charaktere, die er zeichnet, scharf und klar durchgezeichnet; ihr Sprunghaft, so besonders bei Cilli Kocks selbst. Aber diese Menschen sind bodenständig und warmes Lebensblut rinnt in ihren Adern. Dem Schauspiel folgte ein vieraktiges Hamburger Volksstück „Die Königin von Honolulu“, das literarisch nicht bewertet sein will, aber manche Hamburger Typen mit gutem Humor auf die Bühne bringt. Die Sprache in beiden Stücken ist Hamburger Platt. Um die gelungene Aufführung machten sich Mitglieder der Gesellschaft für dramatische Kunst, wohl meistens Lehrer, verdient, die einen Vergleich mit manchem Berufsschauspieler nicht zu scheuen hatten, sowohl was die Einzelleistungen als auch das Zusammenwirken angeht. Die besten Kräfte sind aufschneidend die Herren Ohnsorg und Langmann, sowie die Damen Buhmann und Harde. Doch auch die Vertreter kleinerer Rollen brachten echte und urwüchsige Gestalten auf die Bühne. Sie erinnern in gewisser Weise an die Schillerzeit, deren größte Vorzüge Natürlichkeit und Humor sind. Reicher Beifall lohnte alle.

### Aus der Partei.

Ein schöner Wahlerfolg. Die Gemeinderatswahl in Berten im Münsterland (Westfalen), die, unter Bruch des Burgfriedens durch Zedienpartei und Polen erfolgen mußte, endete mit dem Sieg der Sozialdemokratie. Die beiden sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Behring und Ehrl, erhielten 450 bzw. 486 Stimmen, die Kompromißkandidaten der Reiche und Polen 365 bzw. 364 Stimmen. Der Plan, unsere Genossen aus der Gemeindevertretung hinauszudrängen, ist also alsbald gescheitert. — Die Arbeiterschaft bleibt der Sozialdemokratie treu, das muß den Herrschaften in der „Deutschen Tageszeitung“ und andern Chauvinisten immer wieder gesagt werden.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwabe, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inferiere im „Lübecker Volksboten“.

### Bekanntmachung.

Vom 27. November ab gelten für Brot und Mehl im Kleinhandel folgende Höchstpreise:  
für 1 Weizenbrot zu 1 Pfd. . . . 33 Pfg.  
" 1 " " " 2 " " " 65 " "  
" 1 Weizenmehl zu 50 g . . . 4 " "  
" 2 Pfd. Roggenfeinbrot . . . 42 " "  
" 3 " Roggenrobbrot . . . 45 " "  
" 100 g Weizenmehl . . . 5 " "  
Lübeck, den 25. November 1916. (5891)

Das Polizeiamt.

### Bekanntmachung.

Anmeldungen auf Gasanschluß können Personalangelegenheiten wegen bis auf weiteres nicht mehr entgegengenommen werden.  
Lübeck, den 25. November 1916. (5890)

Das Betriebsamt.

Für die Durchführung und Bearbeitung der Volkszählung ist im Hause Schüsselboden 18, 2. Etage ein

### Volkszählungsbureau (Fercus 1104)

eingerrichtet, das alle in bezug auf die Volkszählung von den Zählern und der Bevölkerung gewünschte Auskunft erteilen wird. Es ist in den Tagen vom 29. November bis 4. Dezember werktätlich von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr, am Sonntag, dem 3. Dezember von 11 bis 1 Uhr mittags, während der Zeit vor dem 29. November und nach dem 4. Dezember vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von 3—6 Uhr geöffnet.  
Das Statistische Amt.

### Volkszählung.

Zur Vorbereitung der am 1. Dezember vorzunehmenden Volkszählung, verbunden mit einer Viehzählung, findet am

Mittwoch, dem 29. November, abends 8 Uhr im großen Saale der Gesellschaft zur Beförd. gemeinn. Tätigkeit eine Zählerorientierung statt.  
Die Zähler werden gebeten, ein Stück der Zählpapiere mitzubringen.  
Das Statistische Amt.

4 Paar Schuhe u. Stiefel herabg. b. Schwannert Allee 78 u. St. 45, u. bei Dienst v. 3-2 (5888)

### Knochenverkauf.

Verkauf, den 24. November, 11-12 Uhr, 1-4 Uhr nachher. Paul Lehmann.

### Großer gutachterlicher Bepannungs

zu kaufen gesucht. (5894) Inc. u. Fr. u. F. M. H. u. d. G. T. Taschenrechner, Wanduhren, Weckuhren, Silberwaren, Woll-Waschmittel, 22. Oktoberstr. 22. (5893) Uhr-Reparaturen.

### Theater und Musik.

Stadttheater. Gorch-Kock-Gedächtnisfeier. In der Reichsblat am Flagerack, derio viele blühende Menschenleben u. Opfer fielen, fand auch ein junger Hamburger Dichter mit die fühlte Gedächtnisfeier: Gorch-Kock sein bürgerlicher Name

Zu kaufen gesucht (5886) Hauswandlumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, Pferde- und Schweinehaare zu höchstem Tagespreis. Karl Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25. Telefon 2430.

Am Sonnabend mitte erschütterte sanft nach längerem Leiden meine liebe Frau, meiner Kinder treuherzige Mutter, Schwieger- und Stiepmutter

Anna Kneese geb. Gustäbel im 49. Lebensjahre tief betrauert und schmerzlich vermisst von den Jüngern.

Johann Kneese und Kinder.

geb. d. 26. Nov. 1916. Logenstr. 7-9. Trauerfeier Donnerstag, den 30. November, nachmittags 2 1/2 Uhr in der Kapelle Bornwerf. (5899)

Eine tüchtige Kontoristin findet dauernde Beschäftigung bei der Lübecker Straßenbahn. (5888)

Geisicht zu so.ort ein Schmiedegeselle und zu Oftern (5889) ein Schmiedelehrling.

C. Blohm, Auf- und Wagenschmiede Pumpen und Maschinen. Gäster b. Koteburg u. Pauenb.

Uhren-Reparaturen Billige Preise. (5885) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, G.-raacher, Huzar. 11

Visitenkarten liefert schnellstens Buchdruckerei Fr. Meyer & Co

Versammlung Mittwoch, 29. Nov. abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Tagesordnung: 1. Gedächtnis-Abend. 2. Jahresberichterstattung. 3. Jährliches Ereignisverzeichnis. Der Vorstand.

Achtung! Deutsch. Holzarbeiterverbd. Zahlstelle Lübeck.

Außerordentlich Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 28. November abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. Tagesordnung: 1. Das Resultat unserer Vertragsbewegung und der vor dem Reichsamt des Innern zu Berlin getroffenen Vereinbarung. 2. Stellungnahme zur Vermittlungs-Gebühr. 3. Beantwortung der event. gestellten Anfragen. Die Lokalverwaltung.

Rechnungs-Formulare werden hergerichtet in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannisstr. 46.

Der Friede und die Internationale Von Hugo Poetzsch. Preis 10 Pfg. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.

Hansa-Theater. Tägl. 8 Uhr, Ende geg. 10.30 Uhr Die Verlorenen. (Ein Beitrag zur Bekämpfung des Mädchenhandels.) Schauspiel i. 4 Akt. v. A. Steinmann Kind. unt. 16 Jahr. hab. kein. Zut. Vorverk. bei Sager, Kohlmarkt u Theaterk. v. 10-1 u. ab 6 Uhr.

Stadttheater. Sonnabend, den 2. Dezember abends 8 Uhr: Festvorstellung zum Besten der Weihnachts-Liebesgaben für die Marine. Das Rheingold von Richard Wagner. Erhöhte Preise. Der Ausschuß zur Sammlung von Liebesgaben für die Marine.

Stadttheater. Dienstag, d. 28. Novemb. 1916 Das Rheingold. Oper von R. Wagner. Mittwoch, d. 29. Novemb. 1916 Die Csárdásfürstin Operette von E. Kálmán. Donnerstag, d. 30. Novbr. 1916 Gastspiel von Eva Gron vom Deutsch. Theater i. Hannover Der siebente Tag. Lustspiel v. Schanzer u. Weltsch. Vettori, Tänzerin. Eva Cron. Schauspielpreise. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.



## Das Dienstpflichtgesetz im Reichshaushaltsauschuß.

In der Fortsetzung der allgemeinen Besprechung über den wasserländischen Hilfsdienst ergreift zunächst Kriegsminister von Steinen das Wort, um auf eine Reihe militärischer Fragen einzugehen. (Ueber dessen Rede wird ein amtlicher Bericht herausgegeben.)

Abg. Erzberger (Zentr.): Bevor dieses Gesetz erlassen wird, müsse mit der Reichsleitung eine Verständigung erzielt werden, daß die Leute, welche zum Kriegsdienst eingezogen werden sind, auch wirklich dort verwendet werden, wo sie am meisten leisten können. Wir müssen die Zulage bekommen, daß endlich ein Ende gemacht werde mit der Offizierswirtschaft, und die große Zahl von Buchsen, militärischen Drömmern und Schreibern müsse beseitigt werden. Die Werkmeister, Ingenieure und geübten Facharbeiter müßten aus dem Heere beurlaubt werden. Auch auf die besetzten Gebiete müsse das Gesetz in irgend einer Weise ausgedehnt werden. Dagegen sei eine Ausdehnung des Gesetzes auf die Frauen vorläufig noch nicht notwendig und würde, falls es doch geschehen würde, die Durchführung des Gesetzes sehr erschweren. Richtiger sei es, durch soziale Maßnahmen recht viele Frauen zu veranlassen, freiwillig Arbeit in den Kriegsbetrieben zu übernehmen. Luxusbetriebe müßten geschlossen werden. Raffeehäuser, Gasthäuser, Spinas. Verboten werden müßte die Anfertigung von Teppichen, Spitzen usw. In der Landwirtschaft sei ein anderer Weg einzuschlagen. Hier wäre die Bestimmung zweckmäßig, daß Personen, die etwa in den letzten drei Monaten in der Landwirtschaft tätig gewesen waren, nicht das Recht haben sollen, andere als landwirtschaftliche Arbeiten anzunehmen. Sehr viele Arbeitskräfte seien zu ersparen durch zweckmäßige Vereinerung von Betrieben. Unterstützungen an solche Arbeiter, die nicht mehr voll beschäftigt werden, seien unter allen Umständen zu unterlassen. Die Betriebe müßten so gestaltet werden, daß die Arbeitskraft jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin bis aufs Äußerste ausgenutzt werde. Beim Zusammenlegen der Betriebe müsse auf die Mitarbeit der beteiligten Unternehmer gerechnet werden. Die höchste Stelle müßte einen Plan anstellen, der angibt, in wie weit eine Vereinerung der Betriebe notwendig ist. Dieser Plan müsse durchgeführt werden unter Mitwirkung der Beteiligten. Offiziere sollte man hierbei nicht verwenden. Zweckmäßig wäre es, wenn recht viele Bekleidungsämter aus ihrem jetzigen Bezirk in die Gebiete verlegt werden, wo Textilbetriebe nicht mehr im Gange gehalten werden können. Dafür könnten in den Räumen der früheren Bekleidungsämter große Munitionsfabriken eingerichtet werden. Zum wasserländischen Hilfsdienst müßte auch gerechnet werden, der Dienst in der Presse und in Berufsorganisationen, auch in den freiwillig gebildeten Organisationen der Unternehmer und Arbeiter. In den örtlichen Stellen sollten die Zivilbehörden mit herangezogen werden. Die Verwaltungshörde sei hierbei ganz unentbehrlich. Die vollbeschäftigten Betriebe sollten nicht weiter geführt werden; jeder Unternehmer würde schon selbst dafür sorgen, daß er nicht überflüssige Arbeiter beschäftigt. Die Kriegsgewinne zu verhindern, wäre nicht schwer. Die Heeresleitung brauchte nur die Preise für alle Kriegsmaterialien ganz besonders herabzusetzen. Dagegen sei das Verfahren, daß ein gewisser Gewinnzuschlag zu den Selbstkosten zugeschlagen werde, durchaus verfehlt, weil dann die Preise um so höher werden, je unparlamentarischer gewirtschaftet werde. Arbeiterauschüsse müßten für alle Betriebe vorgeschrieben und ihnen größere Rechte gegeben werden. Die Schlichtungskommissionen müßten in dem Gesetz selbst festgelegt werden. Der Ausbau des Gesetzes müsse geändert werden, daß zunächst geregelt werde die freiwillige Mitarbeit der Arbeiter und anderer Personen. Dann würde sich zeigen, daß der Zwang nur das letzte Mittel sei, das hoffentlich nur in Ausnahmefällen angewendet werden müsse, und dann würde auch das Gesetz auf geringeren Widerstand stoßen. Sehr großen Wert lege seine Partei darauf, daß auch der Reichstag dauernd an der Durchführung des Gesetzes mitarbeite, und daß die Dauer des Gesetzes auf eine kürzere Frist beschränkt werde und zu jeder Verlängerung der Frist die Zustimmung des Reichstages notwendig sei.

Staatssekretär Helfferich stellte fest, daß die Reichsleitung in allen wesentlichen Punkten derselben Ansicht sei wie der Abg. Erzberger. Was der Abg. Erzberger vermisst habe, stehe nur deshalb nicht in dem Gesetz, weil das Gesetz ja nur ein Gerüst bieten könne. Erst die Erfahrung werde das richtige Leben entfalten und dabei würde auch die eingehende Aussprache im Haushaltsauschuß im weitesten Maße herbeigeführt werden. Ganz allgemein könne man aber den Anregungen des Abg. Erzberger nicht folgen. So berechtigt es sei, daß Luxusbetriebe geschlossen wer-

den, so müsse doch zugegeben werden, daß im einzelnen Fall auch eine Gastwirtschaft usw. für manche Kreise der Bevölkerung unentbehrlich sei. Presse und Berufsorganisationen sollen auch nach der Absicht des Entwurfes zu dem wasserländischen Hilfsdienst gehören. Dringend anzuraten sei es, das Gesetz nicht durch zu viele Einzelheiten zu beschweren. Je mehr Einzelheiten in das Gesetz hineingebracht werden sollen, um so größer sei die Gefahr, daß Meinungsverschiedenheiten über die einzelnen Vorschläge im Reichstage entstehen und daß dadurch das Zustandekommen des Gesetzes erschwert werde.

Der Präsident des Kriegsamts v. Gröner teilt mit, daß bei der Durchführung des Gesetzes die Mitwirkung der Beteiligten im weitesten Maße erstrebt werde. In Polen soll ein ähnliches Gesetz erlassen werden, sobald das Reichsgesetz fertig geworden ist. Das Kriegsamts denke nicht daran, die Durchführung des Gesetzes in den einzelnen Bezirken dem Ermessen der Generalkommandos zu überlassen. Die Ausschüsse werden den Generalkommandos angegliedert, aber nicht untergeordnet werden. Eine kaiserliche Kabinettsorder sei erlassen worden, die den Generalkommandos vorzuschreiben, auf diesem Gebiete den Befehlen des Kriegsministeriums nachzukommen.

Abg. Gotthein (Z. Vp.) wendet sich gegen die abfällige Bemerkung, die gestern Graf Westarp über die Friedensreden gemacht habe. Die Bemerkungen sollten sich wohl auf die Person des Abg. Scheidemann beziehen oder gegen den Reichskanzler. Die Friedensreden haben aber die Friedensströmung im Auslande und insbesondere die Friedenspartei im französischen Parlament gestärkt. Der Reichstag könne den Entwurf, so wie er jetzt vorliege, unmöglich annehmen, da dann ja die Reichsleitung völlig freie Hand habe. Im Ziel stimme auch seine Partei dem Grundgedanken des Gesetzes durchaus zu, aber sie habe große Bedenken, ob die Mittel des Zwanges hier am richtigen Platze seien. Viel richtiger sei es, daß die schon vorhandenen natürlichen Organisationen der Unternehmer und Arbeiter und, wo solche nicht vorhanden sind, die amtlichen Organisationen, Handelskammer, Handwerkerkammer usw., zu Rat gezogen werden. Was bisher an Fehlern auf diesem Gebiete vorgekommen sei, sei nicht verschuldet worden durch die Beteiligten, sondern durch verfehlte Anordnungen der Behörden. Schon im Frieden sei es sehr zweifelhaft, ob eine solche Generalprobe auf den sozialistischen Zukunftsaufbau in mehreren Jahrzehnten durchgeführt werden könne; während des Krieges dieses Unternehmen in kurzer Zeit durchzuführen, sei völlig verfehlt und schaffe mehr Nachteile als Vorteile. Die Arbeiter müssen möglichst geschont werden, damit sie auch in dem genügenden Maße leistungsfähig bleiben können. Bei den männlichen Arbeitern würden drei Schichten zu acht Stunden genügen, bei den weiblichen Arbeitern sollte man die Stundenzeiten, also die sechsstündige Schicht durchzuführen. Die jüdischen Arbeiter in Polen sollten möglichst zu den Arbeiten herangezogen werden; sie seien tüchtig und nüchtern, und hätten sich durchaus gut bewährt. Dazu sei allerdings notwendig, daß es diesen Arbeitern ermöglicht werde, die Sabbathruhe einzuhalten. Man könnte es so einrichten, daß an den Sabbatenden diese jüdischen Arbeiter durch christliche ersetzt werden und daß den christlichen dann die Sabbatruhe gewährt werde. Die Mitarbeit des Reichstages dürfe sich nicht in der Form vollziehen, wie auf dem Gebiete des Ernährungswezens. Dort habe sich der parlamentarische Beirat durchaus nicht bewährt. Der Reichstag müsse durch seine Vertreter ständig mitarbeiten, und auch in den einzelnen Provinzen müßten die Vertreter dieser Bezirke zur Mitarbeit herangezogen werden.

Der Präsident des Kriegsamts v. Gröner erklärt sich mit dem letzten Vorschlage des Abg. Gotthein durchaus einverstanden. Er würde sich freuen, wenn die Reichstagsabgeordneten sich zu derartigen Mitarbeit bereit erklären würden. Auch die Mitarbeit der beteiligten Kreise werde von ihm durchaus begrüßt. In der Tat seien mit jüdischen Arbeitern in Polen sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Sabbatruhe durchzuführen, wäre durchaus möglich.

Abg. Legien (Soz.): In den Vorverhandlungen wäre den Vertretern der Gewerkschaften erklärt worden, daß die einstimmige Annahme dieses Gesetzes zu einer wasserländischen Kundgebung werden müsse. Wenn dies beabsichtigt sei, dann hätte man erwarten müssen, daß der Entwurf demgemäß ausgearbeitet worden wäre. Die Reichsleitung habe aber wieder einmal eine Gelegenheit verpaßt, um auf die große Masse des Volkes einen günstigen Eindruck hervorzurufen. Statt dessen, was die Gewerkschaftsvertreter verlangt hätten, sei ein Zwangsgesetz ausgearbeitet worden, durch das den Unternehmern billige Arbeiter zugeführt werden. Es fehlte nur noch, daß der Vorschlag des Abg. Westarp in das Gesetz gekommen wäre, also die Vorschläge, daß den Arbeiterfamilien auf dem Lande die Unterstützung entzogen werden sollte, damit die Frauen gezwungen seien, für die Großgrund-

besitzer zu arbeiten. Auch auf dem Lande finde man viele Damen, die in erster Linie ihre Arbeitskraft dem wasserländischen Hilfsdienst zur Verfügung stellen wollten. Auch für die Arbeiter genügte der Zwang allein nicht. Zwangsarbeiter leisten weniger als freie Arbeiter. Das Gesetz hätte daher den Arbeitern auch die Sicherungen bringen müssen, die gegen die Willkür einzelner Unternehmer absolut unentbehrlich seien. Nimmt man den Arbeitern die Freizügigkeit, dann muß man ihnen die Sicherheit geben, daß die Unternehmer mit den ihnen gegebenen Nachmitteln keinen Mißbrauch treiben dürfen. Die Vertreter der Gewerkschaften hätten sich zur Annahme des Gesetzes bereit erklärt, wenn die nötigen Sicherungen in das Gesetz oder in die Ausführungsbestimmungen eingegliedert werden, und zwar sei verlangt worden die Sicherheit dagegen, daß die Unternehmer etwa die Löhne zu drücken suchen. Ferner wäre verlangt worden, die Vorschrift, daß den verpflanzten Arbeitern ein Zuschuß für die Erhaltung ihrer Familie gewährt werde; sodann, daß allen Arbeitern unbedingt das Organisationsrecht gesichert werde. Wie notwendig gerade diese Forderung sei, beweisen zwei Erlasse des preußischen Eisenbahndirektors, die in der heutigen Ausgabe des „Vorwärts“ veröffentlicht werden. Durch diese Erlasse werde den Eisenbahngestellten verboten, dem Deutschen Eisenbahner-Verband und dem Verbande der Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonalen beizutreten, weil diese Verbände, die das Streikrecht gar nicht beanspruchen, sich verpflichten sollten, ausdrücklich und jagungsgemäß auf ihr Streikrecht zu verzichten und diesem Verlangen nicht nachzugeben sind. Ein solches Maß von Mißtrauen und Mißachtung dürfen sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Eingriffe in das ureigentliche Recht der Arbeiter, in das Vereinsrecht, müsse die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter untergraben. Daher müsse unter allen Umständen und für alle Arbeiter das unbeschränkte Organisationsrecht gesichert werden. Nur unter dieser Voraussetzung könnten die Arbeitervertreter: für das Gesetz stimmen. Komme die Reichsleitung diesem Verlangen nicht nach, so sei den Arbeitervertretern die Zustimmung des Gesetzes unmöglich, obgleich sie durchaus anerkennen, daß das Gesetz, wenn es richtig ausgearbeitet werde, notwendig sei. Weiter forderten die Arbeiter Arbeiterauschüsse und Angestelltenauschüsse in allen Betrieben, in denen 20 Personen und mehr beschäftigt werden. Diese Arbeiterauschüsse hätten gegen Entlassungen, willkürliche Behandlung durch die Unternehmer oder deren Vertreter, die Arbeiter angemessen zu schützen. Die Werksektion soll verpflichtet sein, mit den Arbeiter- und Angestelltenauschüssen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gesamten Arbeiterschaft und der Angelegenheiten, sowie über Beschwerden der einzelnen Arbeiter und Angestellten zu verhandeln. Die Arbeiterauschüsse sind von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, zu wählen. Die Wahl der Angestelltenauschüsse erfolgt durch die im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten, die das 18. Lebensjahr erreicht haben. Hieran sollen sich anschließende Eingangsämter für den Bereich eines jeden Bezirkskommandos, Schlichtungsämter für den Bereich eines jeden Generalkommandos und Ausschüsse zur Entscheidung über betriebsrechtliche und allgemein wirtschaftliche Fragen. Diese Forderungen der Arbeitervertreter seien der Reichsregierung bekannt gewesen, bevor der Entwurf fertig gestellt wurde. Trotzdem ist von diesen Forderungen in dem Entwurf und dem ihm beigegebenen Richtlinien keine Rede. Unter diesen Umständen sind die Arbeitervertreter gezwungen, jetzt zu verlangen, daß ihre Forderungen in das Gesetz selbst hineinkommen. Verantwortlich dafür, daß die Forderungen der Arbeitervertreter nicht berücksichtigt worden seien, sei das Kriegsamts des Innern, das namentlich in den letzten Monaten kein soziales Entgegenkommen gezeigt habe. Ueberhaupt habe das Kriegsamts des Innern eine große Schuld an der jetzigen schmerzlichen Lage. Der Unterstaatssekretär Dr. Richter habe am 14. November 1914 die Forderungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei in der Ernährungsfrage zurückgewiesen mit der Erklärung, daß das ja geradezu die Durchführung des sozialdemokratischen Zukunftsaufbaues bedeute. Unter dem Druck der Not habe sich aber die Reichsleitung gezwungen gesehen, manche dieser Anregungen durchzuführen. Wäre auf diese Weise gemäß den Anregungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gleich vorgegangen, dann wäre uns die jetzige Not erspart worden. Aus diesem Grunde könne man uns nicht trösten, uns mit dem Trösten auf die Erfahrung abgeben zu lassen, vielmehr müßten wir fordern, daß schon beim Erlass dieses Gesetzes dasjenige geschehe, was bereits nach den bisherigen Erfahrungen als unentbehrlich anerkannt werde. Die Hinzuziehung der unteren Zivilbehörden bei der Durchführung des Gesetzes würde ganz verfehlt sein. Gerade mit diesen Behörden waren höchstschlechte Erfahrungen gemacht. Die Vorschläge der Gewerkschaftsvertreter dagegen seien einfach und können leicht durchgeführt werden. Gegenwärtig dagegen heißt so-

## Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

31. Fortsetzung.  
„So höre: Ich kam zu dir, weil außer dir mir niemand helfen kann; du bist besser als alle übrigen, das heißt vernünftiger, und hast ein Urteil. Jetzt sehe ich erst, daß ich eigentlich nichts brauche, höre du, nichts, gar nichts! Weder einen Dienst, noch Teilnahme. Ich selbst, ganz allein — nun genug. — Laß mich in Ruhe gehen!“  
„Warte noch eine Minute, Sonderling! Du bist ja völlig ohne Verstand! Freilich tu, meinetwegen wie dir's beliebt. Sieh an: Stunden habe ich selbst nicht, mag sie auch gar nicht; ich habe meine Stunden jetzt bei dem Buchhändler Cherubimow, und diese müßte ich nicht für Lektionen zu fünf Kopfen vertrauen. Er hat Verlag und veranstaltet Ausgaben von kleinen wissenschaftlichen Büchern — sie gehen außerordentlich! Da sind schon die Titelblätter etwas wert! Du hast stets behauptet, ich sei dumm, aber bist Gott, Bruder, es gibt dümmere noch, als ich bin! Ich habe mich nun eingearbeitet, er selbst versteht nichts und ich natürlich bestärke ihn noch. Hier liegen noch zwei Blätter deutschen Textes — nach meiner Meinung enthalten sie eine albernere Charakterie; kurz gesagt, es wird nämlich unterucht, ob die Weiber Menschen sind oder nicht! Natürlich wird feierlich nachgewiesen, daß sie Menschen sind. Cherubimow läßt diese Arbeit als einen Teil der Frauensprache bearbeiten, ich überlese sie. Er behnt nun diese zwei Blätter und ein halbes auf sechs auseinander, wir fügen einen prächtigen Titel von einer halben Seite hinzu und lassen das Büchlein für einen halben Rubel dahingehen. Und es geht, für die Uebersetzung erhalte ich sechs Rubel pro Blatt, das heißt für das Ganze fünfzehn; sechs habe ich schon im voraus angenommen. Wenn wir hiermit fertig sind, beginnen wir eine Uebersetzung von den Wallfischen, dann den zweiten Teil der Bekennnisse aus irgend einer langweiligen Intrigue. Willst du nun das zweite Blatt des Buches „Ob die Weiber Menschen sind?“ überlesen? Wenn du willst, so nimm hier sogleich den Text und die Feder, hier ist Papier, und hier drei Rubel; soviel habe ich für die ganze Uebersetzung auf das erste und das zweite Blatt Vorschuß genommen; es kommen somit drei auf deinen Anteil. Bist du fertig mit dem Blatt, so erhältst du noch drei Rubel. Und was ich noch sagen wollte, halte dies nicht etwa für eine Gefälligkeit meinerseits gegen dich. Im Gegenteil, sobald du dich eingearbeitet haben wirst, werde ich selbst sehen, wie du mir nützlich sein kannst. Ich bin zum Beispiel in der Orthographie schwach und dann oft auch in der deutschen Sprache, jedoch ist mehr aus mir selbst arbeite und mich dabei mit dem Gedanken tröste,

daß es dadurch nur noch besser werden kann. Wer aber jene Sprache kennt, für den wird es vielleicht so nicht besser erscheinen, sondern schlechter. Willst du oder willst du nicht?“  
Raskolnikow nahm schweigend die Blätter des deutschen Aufsatzes, sowie die drei Rubel, und ging ohne ein Wort zu sprechen. Rasumichin schaute ihm befremdet nach.  
Als Raskolnikow bis zur nächsten Straße gekommen war, wandte er sich plötzlich wieder um, stieg wieder zu Rasumichin hinauf und legte die deutschen Blätter sowie die drei Rubel ohne ein Wort zu sprechen wieder auf den Tisch; darauf wandte er sich wieder zum Gehen.  
„Du hast das Desitrium, he?“ rief in Zorn geratend Rasumichin, „was spielst du denn hier eine Komödie! Der bringt sogar mich aus der Fassung. Weshalb bist du denn nur hierher gekommen, Narr?“  
„Ich brauche nicht — die Uebersetzung“ — murmelte Raskolnikow, bereits zur Treppe hinabgehend.  
„Was du gewollt hast zum Teufel!“ rief Rasumichin von oben; jener stieg schweigend hinab.  
„Wo wohnst du denn?“  
Keine Antwort.  
„Nun, so laß zum Teufel!“  
Raskolnikow war mittlerweile schon auf der Straße angelangt. Auf der Nikolajewski-Brücke wurde er noch einmal recht klar zum Bewußtsein gebracht, infolge eines unangenehmen Voralles. Der Ruffischer einer Kalesche schlug ihn mit der Peitsche über den Rücken, weil er beinahe unter die Pferde geraten wäre, obwohl ihm der Ruffischer drei- oder viermal zugerufen hatte. Der Peitschenhieb verfehlte ihn so in Zorn, daß er — es ist unbekannt, aus welchem Grunde er in der Mitte der Brücke hinschritt, dort wo nur gehen und nicht gefahren wird — während mit den Zähnen knirschend nach dem Geländer eilte. In seiner Umgebung erkörnte begreiflicherweise Gelächter.  
„Das ist ganz verblödt!“  
„Was für ein Schlauchkopf!“  
„Er ist natürlich betäubt und läuft absichtlich unter die Räder, nun mag er auch die Straße haben!“  
„Weran denkt Ihr denn, lieber Freund, woran denkt Ihr denn?“  
In dem Augenblick, als Raskolnikow am Geländer stand und noch halbverwirrt und zornig der davoneilenden Kalesche nachblickte, sah den Rücken rückend, fühlte er plötzlich, wie ihm jemand Geld in die Hand drückte. Er blickte auf: Eine besetzte Kaufmannsrau in einer Haube und Pelzhut und in Begleitung eines kleinen Mädchens in Hut und grünem Sonnenhalm, wohl ihrer Tochter, stand vor ihm. „Nimm, mein Lieber, um Christi willen!“ Er nahm und beide gingen weiter; es war ein Zwanzigkopfenstück. Sie mochten ihn wohl nach seinem Kopf und Aus-

sehen für einen Bettler gehalten haben, für einen jener Grobgesammler auf der Straße, und dies Geschenk eines ganzen Zwanzigkopfenstückes verdankt er wohl dem Peitschenhieb, der ihnen Leid getan haben mochte.  
Er preßte das Geldstück in der Hand, ging zehn Schritte weiter, und drehte dann das Köpfchen nach der Kiewa, in der Richtung des Schlosses. Der Himmel wies kein Wölkchen auf, und das Wasser sah fast blau aus, was auf der Kiewa so selten der Fall ist. Die Kuppel der Marzopol, welche sich von keiner Richtung her schärfer herabst, als von hier aus, von der Brücke, nach zwanzig Schritt vor der Schildwache, glänzte hell, und durch die reine Luft hin war jede ihrer Verzierungen deutlich zu erkennen. Der Schmerz vom Peitschenhieb lag noch und Raskolnikow vergaß ihn; nur ein ruhloser und nicht völlig klarer Gedanke beschäftigte ihn ausschließend. Er fand und blühte lange und unverwandt hinüber; dieser Ort war ihm besonders vertraut. Wenn er zur Universität ging, so kam es gewöhnlich — am häufigsten bei der Rückkehr nach seiner Wohnung — vor, ja vielleicht hundertmal schon mochte es sein, daß er auf diesem Plage stehen geblieben war, unverwandt auf jenes herrliche Panorama hinblickend und bei jedem Male von immer demselben eigenartigen, nicht zu beschreibenden Eindruck deselben bestrahlt. Eine unerklärliche Kälte wehte ihm stets aus diesem Panorama entgegen, das prächtige Gemälde war für ihn besetzt von einem dumpfen und düsteren Hauch. Er war stets von neuem verwundert über diesen trüben und rätselhaften Eindruck, und verfiel die Lösung dieses Geheimnisses, sich selbst mißtrauend, auf die Zukunft.  
Jetzt plötzlich fielen ihm all diese früheren Fragen und Zweifel wieder ein, und es schien ihm, daß er nicht zufällig jetzt auf sie zurückkam. Schon das eine erchien ihm so bejammernswert und seltsam, daß er sich fast auf demselben Plage wiederfand wie ehe- dem, gleich als ob er sich einbilden dürfte, daß er jetzt noch in derselben Weite denke wie damals, von demselben Ideenkreise, denselben Bildern sich angesogen fühlen könnte, wie — noch vor kurzem. Es kam ihm dies fast lächerlich vor, und doch preßte sich seine Brust zusammen, daß sie ihn schmerzte. In einer unbekannt tiefen, da unten, fast unspürbar unter seinen Füßen, schien ihm jetzt all seine Vergangenheit, alle früheren Empfindungen und Ideale, alle Aufgaben und Einbrüche, selbst dies ganze Panorama, ja er selbst und alles, alles hingekommen — es schien ihm auch, als habe er sich über alles hinausgeschwungen und es sei ihm aus den Augen entzogen. Er machte eine unwillkürliche Handbewegung — da fühlte er das Zwanzigkopfenstück noch gepreßt in seiner Hand. Er öffnete die Hand und starrte auf die Münze, dann hob er den Arm und schleuderte sie ins Wasser, darauf er sich umwandte und nach Hause schritt. Es schien ihm, als habe er sich selbst von allen und von allem in dieser Augenblicke wie mit einer Säge getrennt. (Fortsetzung folgt.)



gar in vielen Fabriken Arbeiterauschüsse und wo es vorhanden wäre, hätten die Ausschüsse zum Teil nicht die genügenden Rechte. Ohne die Durchführung der Arbeiterauschüsse, wie sie von den Gewerkschaften vorge schlagen seien, würde das Gesetz eine schwere Schädigung der Arbeiter bedeuten.

Staatssekretär Helfferich: Er empfinde die Behauptung des Abg. Legien, daß er kein soziales Entgegenkommen gezeigt habe, als einen schweren Vorwurf. Er frage deshalb, bei welcher Gelegenheit dieser schwere Vorwurf mit Recht gemacht werden könne. (Legien: In der Frage des Organisationsrechtes der Eisenbahner.) In dieser Frage habe ich nicht mit Ihnen verhandelt. Ich habe mir vorgenommen, mit dem Herrn Reichsfanzler darüber zu beraten. Hier handle es sich um eine schwierige Frage. Er habe allerdings über das Gesetz mit den Herren verhandelt, jedoch sei ihm nicht erlaubt worden, daß das, was die Gewerkschaften fordern, die Bedingung ist, unter der allein sie das Gesetz annehmen könnten. Hätte er eine Nachricht davon gehabt, dann hätte er sich mit den Herren auseinandergesetzt darüber, wie weit mit solchen Forderungen gegangen werden könne. Denn das ginge unmöglich, daß die eine Seite solche Forderungen stellt, die Gegenforderungen anderer hervorruft. Legien habe an das soziale Empfinden der Herren im Reichsamt des Innern appelliert, er appelliere an das vaterländische Empfinden der Herren Legien und seiner Parteifreunde. Die Forderungen auch der Gewerkschaften müßten sich auf das beschränken, was unter allgemeiner Zustimmung durchzuführen sei. Wenn der Abg. Legien das Gesetz und die Richtlinien nur als die ersten Grundzüge der geplanten Maßnahmen auffasse, dann werde er erkennen, daß vieles von dem, was gefordert werde, auch nach dem Gesetze beabsichtigt sei. Davon könne keine Rede sein, daß die Zwangsarbeiter der Militär für der Unternehmer ausgeliefert werden sollten. Die Arbeiter hätten in allen Fällen das Recht der Beschwerde an solche Ausschüsse, von denen ein unparteiisches Urteil zu erwarten sei. In den Ausschüssen seien die Unternehmer und Arbeiter in gleicher Zahl, also durchaus paritätisch vertreten. Ueberdies sollten mitwirkende Offiziere und Staatsbeamte, und für beide müsse er nachdrücklich ein weites soziales Entgegenkommen in Anspruch nehmen. Die Familienunterstützung für verpfändete Arbeiter liege durchaus in der Absicht der Reichsleitung, aber das könne man doch nicht ohne weiteres und unbedenklich in das Gesetz hineinbringen. Es gäbe doch auch solche Fälle, wo der Arbeiter so gut bezahlt werde, daß er einer solchen Unterstützung nicht bedürftig sei. In einem preussischen Blatte werden Facharbeiter gesucht bei einem Lohn bis zu 4 Mk. täglich. Daher müsse jeder einzelne Fall untersucht werden, ob eine Familienunterstützung notwendig sei und nur dort, wo dieses bejaht werde, soll auch die Familienunterstützung bewilligt werden. Das Organisationsrecht besteht für alle Arbeiter schon jetzt. Darin ändere dieses Gesetz nichts. Es mache aber den Eindruck, als ob Abg. Legien bei dieser Gelegenheit eine Forderung durchbringen wollte, die mit dem Gesetze eigentlich nichts zu tun habe, und die doch ganz anders liege. Bei den Eisenbahnern sei die Verwaltung der Aufsicht, daß sie Arbeiter nicht verwenden dürfe, bei denen Streiks möglich seien. Daher sei allen Organisationen der Eisenbahner vorgezogen worden, sie hätten ausdrücklich und durch eine besondere Bestimmung in ihren Satzungen auf den Streik verzichtet. Diese Forderung ist an alle Eisenbahner ohne jede Ausnahme und ohne jeden Unterschied der Partei-Zugehörigkeit gemacht worden. Die beiden angeführten Vereine hätten das aber abgelehnt. Das ist um so weniger begründlich, da Herr Legien ausdrücklich erklärt habe, daß die Verbände das Streikrecht gar nicht beinhalten. Um so eher könnten die Verbände den verlangten ausdrücklichem schriftlichen Verzicht abgeben. (Widerspruch des Abg. Legien.) Wenn das die Verbände nicht tun, dann bleibt es bei den Gesetzen. Ich halte das Verhalten des preussischen Eisenbahnministers durchaus für berechtigt. Der Eisenbahnminister hat in dieser Angelegenheit das höchste Maß von Entgegenkommen und Verständnis gezeigt. Wie die Zuständigkeit der Schlichtungsgerichte eingeschränkt werden solle, müsse noch das Präsidium erörtern werden. Aber Einigkeit besteht darüber, daß jedem Mißbrauch in zweifelhafte Weise entgegengetreten werden müsse. Dagegen wäre es nicht zu wünschenswert, für die Arbeiterauschüsse Wahlen durchzuführen. Wenn das verlangt werde, sei zu befürchten, daß von anderer Seite dagegen einschreitender Widerstand erhoben werde, und das könne bei diesem Gesetz unter keinen Umständen herbeigeführt werden. Die Herren in der Reichsleitung seien durchaus keine dominierten Leute, sie würden sofort es irgend geht, entgegenkommen und hätten das natürliche Bestreben in der Tat, die einmütige Annahme des Gesetzes zu einer patriotischen Kundgebung zu machen.

Abg. Dittmann (Soz. Arbeitergen.) stellte fest, daß keiner Fraktion in der Tat ein Tag vor dem Zusammenritt des Ausschusses Kenntnis von dem Inhalt des beabsichtigten Gesetzes gegeben worden sei. Dagegen sei ermittelbar, daß die Reichsleitung schon vor längerer Zeit mit dem Abg. Seidemann und noch früher mit dem Abg. Trauer ausführlich über die Einzelheiten der geplanten Maßnahmen verhandelt habe. Mit allem Nachdruck müsse er Einspruch dagegen erheben, daß eine Fraktion anders behandelt werde als die anderen. Sämtliche Fraktionen des Reichstages sollten sich gegen ein solches Verhalten wenden. Ebenso bedauere er, daß die Begründung der Vorlage überaus kurz und die Grundlagen fehlen, die jetzt erst nachträglich zum Teil herbeigebracht worden. Den jährlichen Widerspruch müsse aber seine Fraktion dagegen erheben, daß etwa ein so wichtiges Gesetz im Einklang fertig gemacht werden müsse. Von den verschiedenen Rednern sei bereits darauf hingewiesen, welch großer Epitaph der Reichsleitung geloben sei. Dem schloß er sich durchaus an und entnehme daraus die Verpflichtung für seine Partei, darauf zu drängen, daß das Gesetz, falls es angenommen werden sollte, sorgfältig beobachtet werde. Der Reichstag dürfe sich nicht zu einer Katalogliste herablassen lassen, diese sich nicht behandeln lassen nach dem Grundsatze: Jeiz Vogel oder nicht. Im einzelnen berätigen die Einrichtungen dieses Krieges in militärischer Beziehung die Voraussetzungen der Sozialdemokratie und namentlich die des verstorbenen Abg. Seidel. Das Ergebnis des bisherigen Verlaufes des Krieges ist: ausgezehrt ist, daß der Krieg endt mit einem vollständigen Sieg der einen Seite über die andere. Daraus müßte sich für die Reichsleitung ergeben die Verpflichtung, eine kühne Erklärung zu veröffentlichen darüber, daß sie bereit sei zu Friedensverhandlungen bei Verzicht auf alle offenen oder verheerenden Eroberungen. Wenn das geschehe, sei eine schnelle Beendigung des Krieges auch ohne dieses Gesetz zu erwarten und die schweren, überaus heftigen Eingriffe in unser Wirtschaftsleben, wie sie das Gesetz notwendig wären überflüssig. Ueberdies erregt es sehr zweifelhaft, ob das Gesetz ein neuwertiges Mehr an Arbeitskräften schaffen werde. Die Arbeiter stehen bereits meistens in der Kriegsindustrie. In den anderen Kreisen würde man wirkliche Arbeiter noch nur in beschränkter Zahl finden, dagegen einen großen Teil solcher Leute, deren Arbeitsleistung sehr geringfügig ist. Auch die Vorzüge des Abg. Trauer sind nicht geeignet, eine große Zahl von neuen Arbeitskräften herbeizuführen. In bezug auf die zwangswise Verpfändung der belgischen Arbeiter, die bereits zu Verhandlungen zwischen Holland und Belgien hat, ganz unangebracht ergebe der Vortrag, daß das Gesetz ausgedehnt werden soll auf Frauen. Sind die Frauen noch nicht genügend angeworben durch das Uebermaß von Entschleunigen und zum Teil auch von Anreizungen? Wenn aber gar der Vortrag des Abg. Trauer angenommen würde, und den Familien der Kriegsteilnehmer die Unterstützung entzogen würde, um die Frauen zu zwingen für die Landwirte zu arbeiten, wie würde das auf die Stimmung des deutschen Volkes einwirken? Selbst wenn das Gesetz ohne Frauen dem Zwange unterstellt, dann würden auch die

Frauen der Arbeiter und des Mittelstandes ernsthaft zur Arbeit gezwungen werden, während die Frauen der oberen, besseren Kreise in der Krankenpflege und an anderen Stellen untergebracht würden, wo sie sich nicht gar zu wehe tun werden. Der Staatssekretär Helfferich habe sich so entschieden gegen den Gedanken gewendet, daß das Gesetz zur Lohnrückerei mißbraucht werden könne. Tatsache aber sei, daß die Frauenarbeit in sehr vielen Fällen von den Unternehmern zur Lohnrückerei ausgenutzt werde. Selbst dort, wo die Löhne gestiegen sind, sind sie im Verhältnis zu der Lebensmittelerhöhung tatsächlich gesunken. Der Abg. Gothein habe gesprochen von einer Generalprobe auf den sozialdemokratischen Zukunftstaat. Hier handle es sich aber in Wahrheit um eine Kartellatur. Der Sozialismus, wie wir ihn erstreben, beruht auf der Demokratie. Hier wird alles aufgebaut auf Absolutismus von oben und Rechtslosigkeit von unten. Wollte man wirklich mit vernünftigen Mitteln die Leistungsfähigkeit der Arbeiter steigern, so muß in erster Linie für die Ernährung genügend gesorgt werden. Rücksichtslos wende man gegen die Arbeiter Zwangsmassnahmen an, wenn es sich aber darum handelt, die Profitier der Agrarier zu bekämpfen, dann mag die Rechtsleistung nicht, tatkräftig eingegriffen. Selbst Hindenburg hat in seinem Briefe ausgesprochen, daß in der Landwirtschaft mit einem staatlichen Zwange wenig zu erreichen ist. Bevor die Regierung den Arbeitern mit einem solchen Zwangsgebot kommen könne, hätte sie unter allen Umständen zunächst den Agrariern gegenüber zu den nötigen Zwangsmitteln greifen müssen. Tatsächlich aber begünstigt man es, daß die Agrarier immer höhere Gewinne einstecken können. Die Arbeiter will man mit diesem Gesetze hindern, höhere Löhne zu erlangen. In weitesten Kreisen der Arbeiter besteht die Auffassung, daß das geplante Gesetz ein Ausnahmengesetz gegen sie sei, bestimmt, um ihnen jeden Streik unmöglich zu machen unter Androhung langer Gefängnisstrafen. Alles andere sehen diese Kreise der Arbeiter als niedriges Betwerk, als eine Dekoration an. In den krummen Betrieben seien Arbeiter, die früher von männlichen Arbeitern geleistet worden sind, jetzt den Frauen zugesprochen worden, bei einer viel schlechteren Bezahlung. Dabei ist die Ernährung überaus ungenügend. In den Werten liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Für den Winter sind große Schwierigkeiten zu erwarten. Um aber die Unzufriedenheit der Arbeiter niederhalten zu können, zu diesem Zwecke sei das Gesetz vorgelegt. Wollte man wirklich Verbesserungen auf diesem Gebiete erreichen, dann wäre die Verstaatlichung der Rüstungsindustrie durchzuführen. Der Staatssekretär Helfferich hat heute in einer so schroffen Weise die wichtigsten Forderungen des Abg. Legien zurückgewiesen, wie es während des Krieges von keinem Minister gegenüber einem Gewerkschaftsvertreter geschehen ist. Auf das Streikrecht der Arbeiter könne und werde kein Gewerkschaftler verzichten. Dr. Helfferich hat heute als der Redner jenes alten Regiments gesprochen, das seit Jahrzehnten die Arbeiter gebüht hat. Wie denkt sich die Reichsregierung die Entlohnung der Zwangsarbeiter und wie die Einführung der Nacht-Stunden-Schicht? Wie die Versicherung gegen Krankheit und Unfall? Wie die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze für Frauen und Kinder? Wie die Rechtsstellung der Zwangsarbeiter? Bedeutet der Zwang zum vaterländischen Hilfsdienst, daß der Arbeiter auch rechtlich in das militärische Verhältnis einträte? Haben die Familien dieser Zwangsarbeiter wie die Familien der Kriegsteilnehmer Anspruch auf Unterstützung, wenn der Familienvater keinen Wohnort verlassen muß? Unterliegen diese Arbeiter den militärischen Strafbestimmungen? Ueber all diese Punkte muß Klarheit geschaffen werden. Der Reichstag darf nicht zulassen, daß mit dem neuen Gesetz Mißbrauch getrieben werde, wie mit der Schutzhaft. Auch muß sich der Reichstag die Mitwirkung dieses Gesetzes in viel weiterer Weise leisten, als es bei der Ernährungsfrage ihm mit dem parlamentarischen Beirat geschehen ist. Die Arbeitsgemeinschaft hat noch keine Stellung zu dem Gesetz nehmen können; sie behält sich volle Entscheidungsfreiheit vor.

Abg. Schiffer (Natl.) erhob entschiedenen Einspruch dagegen, daß der Vorredner denjenigen, die für das Gesetz eintreten, die Absicht unterstelle, die Arbeiter zu unterdrücken. Wenn wir mit dem Gesetz so schnell fertig werden wollen, wie es die Rückficht auf das Vaterland erfordert, dann müssen wir alles weglassen, was nicht unbedingt zum Gesetze gehört. Das Streikrecht der Arbeiter kommt hier gar nicht in Betracht. Dagegen sei es notwendig, daß die Vorfrist über den Rechtsanspruch in das Gesetz einbezogen werde. Ebenso müsse auch die Mitwirkung des Reichstages und der maßgebenden Mächte unseres Wirtschaftslebens im Gesetz ausdrücklich ausgesprochen werden. Es müsse eine Organisation geschaffen werden in Anlehnung an den Gedanken des sozialistischen Generalstabes. Auch die Angeestellten müßten berücksichtigt werden. In der Zukunft könnten noch viele Anreizstoffe geistert werden, wenn man es endlich beiseite, daß jede Kleinigkeit durch alle Instanzen durchgeprüft werde. Dann ging der Redner noch ein auf eine lange Reihe von Fragen des öffentlichen und privaten Rechts und beendete unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn.

Abg. Wimmer empfahl, im engeren Kreise zu verhandeln, ob nicht eine Verständigung schon vor der ersten Lesung erreicht werde, insofern eine weitere Beratung im Ausschusse unnötig werde. Eine Fülle von Schwierigkeiten liegen vor, die bei weitem größer sind, als die Urheber des Gesetzes wohl angenommen haben. In einigen Punkten sei bereits eine Verständigung erzielt. Es müsse versucht werden, auch in den anderen Punkten den Boden für ein einseitiges Vorgehen zu finden. Bei der Durchführung des Gesetzes müßten alle beteiligten Kreise zur Mitarbeit herangezogen werden. Er würde sich freuen, wenn die Zufolge des Präsidenten des Kriegsamtes erfüllt und jeder Bürokratismus ausgegliedert werden könnte. Auch den Kommunalverwaltungen müßte Rechnung getragen werden. Zu ihren Kriegsmassnahmen gehören die ehrenamtliche Mitarbeit unter Kreise. Diese darf ihnen nicht entzogen werden, sondern es müßte die geeignete Leute ihnen entgegen oder ihnen auch nur die Auswahl geeigneter Personen befristet werden. Von den Schwierigkeiten, die durch das neue Gesetz verursacht werden, ist noch besonders hervorzuheben die Einwirkung auf die Unfallversicherung. Durch die Beschäftigung der Betriebe ist es möglich, daß die Berufsgenossenschaften in ihrer Leistungsfähigkeit ausserordentlich geschädigt werden. Hieran müßte auch Bedacht genommen werden.

Die Verhandlung wird vertagt auf Sonnabend vormittag 9 Uhr.

In Sonnabend gingen die Beratungen weiter. Wir berichten darüber morgen ausführlich.

### Die Jugendpflege im Dienste des Durchhaltens.

Im Anschluß an die Tagung der Zentralstelle für Volkswohl-fahrt, über die wir berichteten, fand im Lehrer-Bereinshaus in Berlin die hebräe Jugendpflege-Konferenz, ebenfalls von der Zentralstelle berufen, statt. Den Vorsitz führte Staatsminister von Müller. Der erste Beratungsgegenstand lautete: Wie kann durch die Jugendpflege der Wille zum Durchhalten gestärkt werden? Pastor Thiele-Berlin-Dahlem, der darüber referierte, bemerkte einleitend, die Jugend müsse von dem Ernst der Lage entzogen und nicht erregt zu sein. Diese Beobachtung sei besonders bei den jungen Mädchen gemacht worden. Die Ursachen seien in der Unklarheit des Gemeinlebens, insbesondere der unregelmäßigen Arbeitsweise, in erster Linie der Nachtarbeit, sowie der Jäger- und Jägerzeit des weiblichen Lebens und dessen Un-erwartung im öffentlichen Leben zu suchen. Der Wille zum

Durchhalten werde am besten gestärkt durch eine Stärkung der Willenskraft überhaupt. Dazu bedarf die Jugend der freiwilligen Disziplin und der Betätigung. Nur in der Betätigung erhalte die Kraft. Die verantwortliche Mitarbeit der Jugend in der Jugendpflege sei das beste Mittel, die Jugendlichen innerlich zu kräftigen. Die Jugendpflege müsse zur Pflege der Persönlichkeit werden.

Als äußere Mittel, das Verständnis für den Ernst der Lage bei der Jugend zu wecken, kämen Vorträge über den Krieg und die Kriegsergebnisse, vaterländische und Elternabende in Betracht. Die so oft zu hörende Frage: Warum machen wir den Krieg? müsse nicht Frieden? müsse unmöglich werden. Jugend und Eltern müßten Verständnis für das Verhalten des Kaisers und seiner Ratgeber vermittelt und das Vertrauen zu Gott und unseren Helden gestärkt werden, auf das die Jugend an den Sieg wieder glauben lerne. In der Diskussion wurde betont, daß man in direkter Weise den Willen zum Durchhalten stärken müsse. Dazu dienen zunächst Kurse für Mädchen zur Ausbildung im Haushalt und der Krankenpflege. Besondere Jugendheime, auch solche für Mädchen, seien notwendig, insbesondere zur Bekämpfung des Alkoholgenusses. Der Jugend müßte aber auch eingepreßt werden, was sie am Staate habe; der Gemeinschaftsgeist des ganzen Volkes sei zu pflegen. Zu den Soldaten im Felde sollten die Jugendlichen in regen geistigen Verkehr gebracht werden. Auch die Greuel des Krieges seien der Jugend in Wort und Bild drastisch zu veranschaulichen, damit sie die Notwendigkeit begriffen, daß wir den Krieg weiter führen müssen, um seine Verwüstungen von uns fernzuhalten. Im übrigen, so wurde auch berichtet, sollte man sich nicht täuschen über die pessimistische und traurige Stimmung, die im Volke herrsche. Darum sei es klüger, manche Fehler und Mängel im Staatswesen und in der Organisation zuzugeben und eine Besserung im Frieden in Aussicht zu stellen, als alles beschönigen zu wollen. Schließlich müsse man auch ein Gefühl zeigen für die große Not des Volkes. Vor allem dürften aber die Jugendlichen nicht merken, daß die Durchhaltbarkeit der Jugendpflege im Dienste anderer Mächte, gar des Staates, liege. Dann wäre ihr von vornherein ein Stasio beschieden.

Amtsgerichtsrat Dr. Kühne-Berlin, der bekannte Berliner Jugendrichter, erörterte dann die von zahlreichen stellvertretenden Generalkommandos und einzelnen Polizeibehörden erlassenen Bestimmungen, die den Jugendlichen den Besuch der Wirtschaften und Kinos, den Genuß des Alkohols und Tabaks und den Aufenthalt auf der Straße in den Abendstunden verbieten, sowie die Schulliteratur bekämpfen und den Sparzwang für jugendliche eingeführt haben. Obgleich die früheren Klagen über die Verwahrlosung der Jugend durch deren Verhalten im Kriege, im Felde wie dahin, widerlegt worden seien, danke er den Generalkommandos für ihre Eingreifen zum Schutze der Jugend in der Kriegszeit. Anders beurteilt werden müsse aber die Frage: Was von diesen Kriegsmassnahmen in den Friedenszustand übernommen werden könne?

Ueber die Wirkungen der Erlasse auf die Sittlichkeit der Jugend liegen keine zuverlässigen Erhebungen vor. Das Lob, das den Bestimmungen gesollt werde, bemerke sich nur in allgemeinen Redensarten. Darum könne die gestellte Frage nur vom allgemeinen pädagogischen und politischen Gesichtspunkte aus beantwortet werden. Jede einzelne Verordnung bedürfe der besonderen Prüfung. Vor allem aber dürften keine neuen Sapparatdrohungen für Jugendliche geschaffen werden. Wegen Lappalien solle man die Jugendlichen nicht vor den Richter zerrren. Dadurch würde nur der erforderliche Respekt vor der staatlichen Strafgerichtsgewalt abgestumpft. Was aus Disziplinlosigkeit in jugendlichem Uebermut geschieht, dürfe nicht mit den Mitteln der Verbrechensbekämpfung geahndet werden.

Wünschenswert sei ein Verbot des Alkoholverkaufs an Personen unter 17 Jahren mit scharfen Strafen gegen zuwiderhandelnde Verkäufer. Eltern, die ihren Kindern in größeren Mengen Alkohol verabfolgen, seien die Erziehungsrechte zu nehmen. Das Tabakrauchen Jugendlichen sollte nur auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten werden — ohne Strafdrohung; es genüge, daß jeder Polizeibeamte berechtigt ist, rauchenden Jugendlichen den Tabak wegzunehmen. Ein allgemeines Wirtschaftsverbot empfinde sich nicht, da viele junge Arbeiter und Arbeiterinnen genötigt seien, ihre Mahlzeit im Wirtschaften einzunehmen und jugendliche Wirtschaftsstellen nicht entbehren können. Geradezu bedenklich sei das Verbot des abendlichen Ausgangs, weil es Jugendverderben und ähnlichen möglichen Veranlassungen das Lebenslicht ausblafen würde. Zur Bekämpfung schädlicher Kinos reichten die schon vor dem Kriege ergriffenen Massnahmen aus; die Bekämpfung der Schulliteratur sei fortzusetzen, sollte sich aber auf die schädliche Unterhaltungslektüre beschränken, damit nicht unter dem Vorwande der Wahrung von Sittlichkeit und Religiosität wissenschaftliche und künstlerische Werke leiden. Aufs dringendste warnte der Redner davor, den Sparzwang in den Frieden hinüberzunehmen. Der Sparzwang binde gerade die Tüchtigen, in freiwilliger Entfaltung ihren zu lernen. Die Erziehung kann nur sein eine Erziehung zur Sittlichkeit, Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit. Im übrigen würden mit dem Kriege die gegenwärtig hohen Löhne der Jugendlichen von selbst vermindern.

Die Diskussionsleiter stimmten dem Referenten im allgemeinen zu, insbesondere auch Professor Brunner vom Berliner Polizeipräsidium. Es wurde nur ein scharfes Verbot des Tabakrauchens für Jugendliche, aber auch ein Verbot des öffentlichen Tanzes für die Jugend und des Kellnerinnengewerbes gefordert. Das Nachbarnverbot habe überaus reichhaltig auf die Lehrlinge in diesem Berufe gewirkt und ihm neuen Nachwuchs zugeführt.

Mit dem Vortrage des erfahrenen Jugendrichters Dr. Kühne, dessen Ausführungen eine glatte, sachverständige Bestätigung der von der Arbeiterkraft geübten Kritik der Jugend-erlasse bedeutet, hatte die Konferenz ihr Ende erreicht.

### Aus Nah und Fern.

Das Bier löst die Jung. In einem Gasthause der Umgebung von Chemnitz (Oberpöls) kam ein Bauer in ansehnlichem Zustande mit dem Wirt in Streit, in dessen Verlauf der Bauer den Wirt bezichtigte, eine größere Menge Rauchschieß widerrechtlich verborgen zu halten. Ein Wort gab das andere und das Ende des tragikomischen Vorfalles war, daß der anwesende Gendarm sowohl bei dem Bauern als auch bei dem Wirt und einem Nachbar des Wirtes ein sehr seltliches Duaratum verborgenes Geschloß zutage förderte und beschlagnahmte, zu dessen Fortschaffung ein vierrädriger Handwagen nötig war.

### Verlustlisten.

Erstienen sind:  
Liste Nr. 8 der aus England zurückgekehrten Preussischen Auslands-Gezungen.  
Preussische Verlustliste Nr. 694.  
Sächsische Verlustliste Nr. 360.  
Bayerische Verlustliste Nr. 318.  
Württembergische Verlustliste Nr. 502.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Kriegs-Ausstellung. Die beiden letzten Wochen!